Mittwoch, den 26. Juli 1933

Nr. 173. Jahrgang 115

Soester Kreisblatt

Die nationale Zeitung für alle Volkskreise

Soester Zeitung und Tageblatt, früher
licher Publikationskraft der Behörden

Wochenblatt mit allein rechtsverbind-
des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2.— G.-Mark. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 6. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 22 589

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Nachweistage 10 Pfg. Reklamen 30 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Das Sterilisierungsgesetz

Verhütung erbkranken Nachwuchses

Besondere Sicherungsmaßnahmen gegen das gemeingefährliche Verbrechertum

Seit der nationalen Erhebung beschäftigt sich die Oeffentlichkeit in zunehmendem Maße mit den Fragen der **Bevölkerungspolitik** und dem dauernd zunehmenden **Geburtenrückgang.**

Es ist aber nicht nur der Rückgang in der Volkszahl, der zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt, sondern im gleichen Maße die mehr und mehr in Erscheinung tretende Beschaffenheit der **Erbverfassung** unseres Volkes. Während die erbgesunden Familien größtenteils zum Ein- oder Reinkinder-System übergegangen sind, pflanzen sich unzählige Minderwertige und erblich Belastete hemmungslos fort, deren kranker und asozialer Nachwuchs der Gesamtheit zur Last fällt und der in etwa drei Geschlechterfolgen die wertvolle Schicht völlig überwuchert.

Da die Sterilisation das einzig sichere Mittel ist, um die weitere Vererbung von Geisteskrankheiten und schweren Erbleiden zu verhüten, muß das heute verkündete Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses als eine Tat der Nächstenliebe und Vorsorge für die kommende Generation angesehen werden.

Das neue deutsche Gesetz geht von der Erkenntnis aus, daß es nicht alle Erbkranken, vor allen Dingen nicht alle leichteren Fälle von Geistesstörungen und auch nicht die gesunden Träger von Erbkrankheiten erfassen kann; es will zunächst nur die Krankheitsgruppen einbeziehen, bei denen die Regeln der Vererbung mit großer Wahrscheinlichkeit einen erbkranken Nachwuchs erwarten lassen. Dies trifft bei den im § 1 genannten Krankheiten, z. B. angeborenem Schwachsinn, den Geisteskrankheiten, bei erblicher Fallsucht, Veitstanz und den schweren erblichen körperlichen Mißbildungen zu.

Die im Sterilisierungsgesetz vorgesehenen Erbgesundheitsgerichte werden die Vererbungswahrscheinlichkeit von Fall zu Fall nachzuprüfen haben und nur dann die Einwilligung zum Eingriff geben, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß die Nachkommen an schweren körperlichen und geistigen Erbschäden leiden werden.

Um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß die Unfruchtbarmachung eine Strafe für die betroffene Person darstelle, ist bewußt davon abgesehen worden, das Gesetz mit der Unfruchtbarmachung von Verbrechern zu belasten. Das Reichsgesetz hat jedoch ausdrücklich beschlossen, im Rahmen allgemeiner Sicherungsmaßnahmen **gegen das gemeingefährliche Verbrechertum** durch ein Sondergesetz, das gleichzeitig mit dem Sterilisierungsgesetz in Kraft treten soll, die zwangsweise Entmannung gemeingefährlicher Sexualverbrecher zu regeln.

Die Unfruchtbarmachung erfolgt durch einen einfachen und ungefährlichen chirurgischen Eingriff, der weder beim Mann noch bei der Frau das Wesen und das Geschlechtsempfinden beeinträchtigt.

Neben der jetzt eingeleiteten Verhinderung der Fortpflanzung erbkranker Personen sind alsbald **gesetzliche Bestimmungen** zu erwarten, die die **Familiengründung** und die **ausreichende Vermehrung der wertvollen deutschen Menschen wieder ermöglichen und verbürgen** sollen.

Die Paragraphen des Gesetzes

Das neue Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses bestimmt, daß Erbkranke durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht, d. h. sterilisiert werden können. Besonders wichtig ist die Bestimmung, daß die **Sterilisation auch an solchen Personen vorgenommen werden kann, die an schwerem Alkoholismus leiden.** Ausdrücklich wird in der Begründung gesagt, daß das Gesetz bewußt nur auf diejenigen Krankheiten beschränkt wird, bei denen die Regeln des Erbganges nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als hinreichend erforscht gelten können.

§ 3 des Gesetzes bestimmt, daß derjenige zum Sterilisationsantrag berechtigt ist, der unfruchtbar gemacht werden soll. Bei dieser Bestimmung ist man davon ausgegangen, daß derjenige, dessen Unfruchtbarmachung zum Nutzen der Volksgesundheit notwendig ist, in vielen Fällen selbst die nötige Einsicht aufbringen wird, um den Antrag auf Sterilisierung zu stellen. Ist im übrigen der Antragsberechtigte, was ja häufiger vorkommen wird, geschäftsunfähig oder wegen Geistesschwäche entmündigt, oder hat er das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet, so ist der gesetzliche Vertreter antragsberechtigt.

§ 4 regelt das Verfahren der Antragsstellung, nach dem die dem Antrage zu Grunde liegenden Tatsachen durch ein ärztliches Gutachten oder auf andere Weise glaubhaft zu machen sind. Die Entgegennahme des Antrages erfolgt durch das Erbgesundheitsgericht, das zur Durchführung des Gesetzes neu geschaffen wird. So bestimmt

§ 6, daß das Erbgesundheitsgericht einem Amtsgericht anzugliedern ist. Das Erbgesundheitsgericht besteht aus einem Amtsrichter als Vorsitzendem, einem beamteten Arzt und einem weiteren, für das Deutsche Reich approbierten Arzt, der besonders mit der Erbgesundheitslehre vertraut ist.

§ 7 regelt dann die dem Erbgesundheitsgericht zur Durchführung der notwendigen Ermittlungen zustehenden Befugnisse, wobei die Aerzte, die als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden, ohne Rücksicht auf das Berufsgeheimnis zur Aussage verpflichtet sind. Die Entscheidung über den Antrag ist unter Berücksichtigung der großen Tragweite der zu fassenden Beschlüsse nicht einem einzelnen Richter, sondern wie der

§ 8 bestimmt, einem Kollegium überlassen, das mit Stimmenmehrheit über Annahme oder Ablehnung beschließt. Im

§ 9 ist dann die Möglichkeit einer Beschwerde gegeben, die aufschiebbare Wirkung hat. Die Entscheidung über die Beschwerde erfolgt durch eine zweite Instanz, und zwar das im

§ 10 geschaffene Erbgesundheits-Obergericht, das einem Oberlandesgericht angegliedert wird. Seine Zusammensetzung ist im Prinzip dieselbe wie bei den Erbgesundheitsgerichten. Die Entscheidung des Erbgesundheits-Obergerichtes ist endgültig.

§ 11 bestimmt, daß die Sterilisation nur von einem staatlich hierfür besonders zugelassenen Arzt und nur in ausdrücklich dafür bestimmten Krankenanstalten ausgeführt werden darf. Ein Arzt, der als Antragsteller aufgetreten ist oder als Beisitzer mitgewirkt hat, kann die Operation nicht vornehmen.

Wichtig ist der folgende Paragraph 12, nach dem die Sterilisierung auch gegen den Willen des Unfruchtbarzumachenden auszuführen ist. Entsprechende Maßnahmen und evtl. Eingreifen der Polizeibehörden sind äußersten Falles vorgesehen. Zur Vermeidung von Fehlentscheidungen ist schließlich in dem Gesetz vorgesehen, daß das Erbgesundheitsgericht das Verfahren wieder aufnehmen kann, wenn sich Umstände ergeben, die eine nochmalige Prüfung des Sachverhaltes erfordern.

Im §13 wird die Frage der Kosten des gerichtlichen Verfahrens und des ärztlichen Eingriffes geregelt. Die Aufwendungen für das gerichtliche Verfahren trägt die Staatskasse. Da gegebenenfalls Krankenkasse und Fürsorgeverband durch eine sachgemäße Durchführung des Gesetzes in Zukunft sehr erhebliche Kosten erspart werden, sind diese mit den Aufwendungen für den ärztlichen Eingriff zu belasten. Da den zu Sterilisierenden in der Regel kein Verschulden trifft, ist in allen anderen Fällen vorgesehen, daß der Staat bis zur Höhe der Mindestsätze der ärztlichen Gebührenordnung die Arzt- und Krankenhauskosten trägt. Nur insoweit die Kosten über das notwendige Maß hinausgehen, fallen sie dem Unfruchtbarzumachenden zu Lasten.

Nach § 14 ist eine Unfruchtbarmachung, die nicht nach den Vorschriften dieses Gesetzes erfolgt, sowie eine Entfernung der Keimdrüsen nur dann keine rechtswidrige Körperverletzung, wenn sie zur Abwendung einer ernsten Gefahr für das Leben oder die Gesundheit desjenigen, an dem sie vorgenommen werden soll, und mit dessen Einwilligung erfolgt.

Eisenbahn- und Autokontrolle

Große Polizeimaßnahmen in ganz Deutschland

Auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes wurden am Dienstagmittag ab 12 Uhr in ganz Preußen sämtliche Haupt- und Nebenlinien der Reichsbahn sowie die gesamten Durchgangsstraßen für den Kraftverkehr einer eingehenden Personen- und Sachkontrolle unterzogen. Die übrigen deutschen Länderregierungen haben sich auf Veranlassung des Geheimen Staatspolizeiamtes der Aktion gleichzeitig angeschlossen. Alle anläßlich dieser Fahndung als staatsfeindlich verdächtigen Personen wurden vorläufig in Schutzhaft genommen.

Zur Durchführung der großangelegten Fahndungsaktion wurden sämtliche Polizeiorgane des Reiches einschließlich der Hilfspolizei, teilweise auch SA und SS herangezogen. Auch der Bahnschutz ist bei der Aktion beteiligt. Bei der Durchführung der Maßnahmen ist größter Wert darauf gelegt worden, daß die Abwicklung des Verkehrs nur geringfügige Unterbrechungen erfuhr. Durch entsprechend großen Einsatz von Polizei- und Hilfskräften ist für Beschleunigung Sorge getragen worden.

Die in ihrem Umfange erstmalig so groß durchgeführte Fahndungsaktion geschah, um nunmehr mit aller Macht den kommunistischen und anderen staatsfeindlichen Umtrieben, die sich überall im Reiche noch bemerkbar machten, Einhalt zu gebieten. Immer noch bewegen sich im Auftrage staatsfeindlicher Organisationen Kuriere durch Deutschland. Im Interesse der allgemeinen Sicherheit war daher die Fahndungsaktion notwendig.

Da in den letzten Monaten eine erhebliche Anzahl von Automobilen gestohlen worden sind, wurde die Suche nach diesen gestohlenen Kraftfahrzeugen gleichzeitig mit dieser Aktion verbunden.

Es hat geklappt!

Aus Berlin, 24. Juli, wird später gemeldet:

Die Fahndungsaktion des Geheimen Staatspolizeiamtes ist in ganz Preußen und den übrigen Ländern völlig reibungslos verlaufen und mustergültig durchgeführt worden. Das geschlossene Vorgehen hat den Beweis dafür erbracht, daß die Staatsmaschinerie im notwendigen Augenblick schnell arbeitet und zielsicher zuzuschlagen versteht. Auch die technische Durchführung der Maßnahmen ist zur vollsten Zufriedenheit ohne die geringste Störung erfolgt. Es wurden, wie wir von zuständiger Seite erfahren, zahlreiche steckbrieflich gesuchte Personen festgenommen. An zahlreichen Stellen wurde bei der Einsichtnahme in die Gepäckstücke illegales Schriftenmaterial gefunden. Ferner erfolgte die Festnahme bzw. Feststellung verschiedener Personen, die teils unbefugt Schußwaffen führten, teils ohne Führerschein am Steuer von Kraftwagen saßen.

Die Aktion, die schlagartig im ganzen Reich um 12 Uhr einsetzte, war, wie vorgesehen, bereits um 12,40 Uhr beendet.

Interessante Funde in Zeltstädten

Die Schutzpolizei z. b. V. und Beamte des Geheimen Staatspolizeiamtes nahmen nördlich von Berlin, **bei Summt und Mühlenbeck, eine Durchsuchung** der an den Seen entstandenen Zeltstädte vor. Man fand u. a. **fertige Klischees für eine neue Ausgabe der Roten Fahne,** zahlreiche kommunistische **Handzettel** und **Waffen. Ein Teil der Zeltbewohner** wurde **festgenommen.**

Arbeit!

Bau einer Zinkhütte in Magdeburg — Arbeit für 3000 Mann

Im Rahmen der großen Arbeitsschlacht sind soeben durch das Reichsfinanzministerium die Voraussetzungen für die Errichtung einer **Zinkhütte in Magdeburg durch Giesches Erben** geschaffen worden. Staatssekretär Reinharts hat an den Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, daß mit dem Bau bereits in den nächsten Tagen begonnen wird. **Für ein Jahr** würden dadurch **3000 Arbeiter Beschäftigung** finden. In dem Telegramm wird ferner darauf hingewiesen, daß durch den neuen Zinkhüttenbau **Deutschland von ausländischen Elektrolytzink unabhängig wird.**

Frei von Wohlfahrtserwerbslosen

Aus Hannover wird gemeldet: **Der Kreis Nordheim** ist jetzt **frei von Wohlfahrtserwerbslosen.**

Soerup in Angeln ohne Arbeitslose

Als erster Bezirk der Nordmark kann der **Amtsbezirk Soerup in Angeln** melden, daß seine **Erwerbslosen in den Arbeitsprozeß zurückgeführt** worden sind. Die Aktion geschieht nach einem Plan der Ortsgruppe der NSDAP. Jeder der wieder in Arbeit gesetzten Erwerbslosen erhält pro Tag zwei Reichsmark, einen Liter Milch und volle Verpflegung. Als Arbeitsgebiet kommt zunächst vor allem die Landwirtschaft in Frage.

... und 17 Kreise der Provinz Ostpreußen

Mit dem 24. Juli sind im Landkreis **Elbing alle Arbeitslosen untergebracht.** Darüber hinaus hat der Landkreis aus dem Stadtkreis Elbing 400 Arbeitslose übernehmen können. Im Bezirk des Arbeitsamtes **Marienburg** und der Nebenstelle **Stuhm** wurde **1500 Arbeitslosen sofort Arbeit** nachgewiesen. Damit sind **17 Kreise der Provinz Ostpreußen ohne Erwerbslose.**

Bau der Teilstrecke Leipzig—Landkreuz des Elster-Saale-Kanals

Das Kanalbauamt Halle ist mit den **Vorarbeiten** für die Ausschreibung der **Bauarbeiten für die Teilstrecke des Elster-Saale-Kanals,** von Rückmarsdorf bis Doelzig beschäftigt. Mit den Ausschachtungsarbeiten wird bereits in den nächsten Tagen begonnen.

Etwa 2000 Erwerbslose werden bei dem Bau **Beschäftigung** finden. Die **Baukosten** werden auf **31 Millionen Mark** veranschlagt.

Ein Aufruf des Staatssekretärs Hierl

Staatssekretär Oberst a. D. Hierl, der Beauftragte des Arbeitsdienstes, erläßt folgenden Aufruf:

Kameraden vom Nationalsozialistischen Arbeitsdienst!

Ein hochherziger Entschluß des Bundesführers des Stahlhelms, Pg. Franz Seldte, hat die Stahlhelmarbeitsdienstverbände in den von mir geführten Reichsverband Deutscher Arbeitsdienstvereine eingegliedert. Wir reichen den in unsere Reihen eintretenden Freiwilligen und Führern des Stahlhelms kameradschaftlich die Hand. Unter die aus der bisherigen Trennung der Verbände entsprungenen Streitigkeiten wird ein Strich gezogen. Für die Bewertung und Verwendung aller Angehörigen des Reichsverbandes sollen nur persönliche Eignung und Leistung für den Arbeitsdienst maßgebend sein. Alle Energien sind von jetzt ab ausschließlich zu dem Zweck anzuspannen, die dem Arbeitsdienst gestellten hohen Ziele zu erreichen.

Im alten nationalsozialistischen Geist und Hand in Hand mit den neu in unsere Reihen tretenden Arbeitskameraden werden wir alles daran setzen, den Arbeitsdienst wirklich zu dem zu machen, was er nach den Worten unseres Führers sein muß, zu einem Eckpfeiler unseres neuen Staates!

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt über Deutschlands Wirtschaftspolitik

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt gewährte einem Vertreter Reuters eine Unterredung, in der der Minister darauf hinwies, daß sein Besuch in London nur mittelbar mit der Weltwirtschaftskonferenz zusammenhänge. Er habe vor allem die Absicht, Macdonald seine Aufwartung zu machen und sein Interesse für die hohen Ziele der Konferenz zu bekunden.

Was Deutschland betrifft, fuhr der Minister fort, so ist für den Augenblick

unsere Wirtschaftspolitik klar vorgezeichnet. Wir müssen alles tun, um aus eigener Kraft in die Höhe zu kommen

und unseren Arbeitslosen Beschäftigung zu geben. Wenn ich aus meinem bisherigen Beruf heraus dem Rufe des Reichskanzlers gefolgt und in die Reichsregierung eingetreten bin, so tat ich das deshalb, weil ich davon durchdrungen bin, daß er die große Aufgabe der Wiederaufrichtung Deutschlands lösen kann und lösen wird. Unter seiner Führung wird sich in Deutschland überall der Grundsatz durchsetzen, daß das Interesse der Gesamtheit der Nation dem eigenen Interesse voranzustellen ist. Deutschland, schloß der Minister, wird immer Wert darauf legen, getreu seiner Vergangenheit ein angesehener und wertvoller Beteiligter im Kreise der Völker zu sein.

Errichtung eines Verwaltungsgebäudes für die NSDAP

Die NSDAP hatte ihrer Lokalbaukommission schon vor einiger Zeit Pläne für ein **neues Verwaltungsgebäude** in der Areisstraße in **München** vorgelegt. Die Kommission hat diesen Plänen jetzt ihre Genehmigung in Aussicht gestellt. Es ist anzunehmen, daß das Ministerium diese Zustimmung erteilt, da sämtliche einschlägigen Behörden mit den Plänen einverstanden sind. Es handelt sich um ein zweistöckiges Gebäude von 35 Meter Frontlänge, 45 Meter Tiefe und 18 Meter Höhe, das neben dem Braunen Haus im angrenzenden Parkgelände aufgeführt werden soll. Mit den Bauarbeiten soll so bald wie möglich begonnen werden. Im Hauptgeschoß, in dem die Büroräume untergebracht sind, ist außerdem ein Saal mit rund 600 Quadratmeter Grundfläche vorgesehen.

Beamteneingaben über Besoldungs- und Laufbahnfragen unzulässig

Wie das VDZ-Büro meldet, hat der Reichsinnenminister in einer Verfügung angeordnet, daß **Eingaben und Anträge von Beamten und Beamtenorganisationen** an die Behörden, die sich mit Fragen der **Besoldung, Laufbahn usw. befassen, nunmehr unnötig und unzulässig** seien und in Zukunft **nicht mehr entgegengenommen** werden können. Seitdem die Regierung der nationalen Revolution die ausschließliche Führung übernommen habe, würden die Belange der Beamtenschaft durch den Staat selbst wahrgenommen. Unbedingt zu unterlassen sind solche Eingaben und Vorstellungen, die auf eine Kritik an Vorgesetzten und damit an der allein verantwortlichen Staatsführung hinauslaufen. Persönliche Beschwerden sind lediglich auf dem Dienstwege vorzubringen.

Der preußische Innenminister hat verfügt, daß nach diesen Grundsätzen auch in der preußischen Staatsverwaltung und in der Schulverwaltung zu verfahren ist. Er hat gleichzeitig die Verfügung des Reichsinnenministers über **die Einführung des Hitlergrußes als gemeinverbindlich für die preußische Verwaltung** erklärt, mit dem Ersuchen, hiervon allen Beamten, Angestellten und Arbeitern umgehend Kenntnis zu geben.

Uneingeschränktes Begnadigungsrecht des Staatshauptes

Wie das VDZ-Büro meldet, hat **das preußische Staatsministerium ein Gesetz zur Wiederherstellung des uneingeschränkten Begnadigungsrechts des Staatshauptes** verkündet, das im Artikel 54 der preußischen Verfassung die Absätze 2 und 3 aufhebt.

Schulfragen und Pressefreiheit im Saarländischen Landesrat

In einer Sitzung des Saarländischen Landesrates erklärte im Namen der Deutschen Front **Abg. Martin** (Ztr.) zur schulpolitischen Lage, die **französische Schule spalte die Schuljugend, trenne die Gemeinschaft der Erwachsenen, trage Feindschaft in Familie und Gemeinde, setze Behörden in Bewegung und sei ein dauernder Unruheherd.**

Zu den Verboten der neun saarländischen Tageszeitungen wies Abg. **Schmelzer** (Deutsch-Saarländische Volkspartei) darauf hin, daß der saarländischen Presse nicht das Recht der sachlichen **Kritik** an der Saarregierung verweigert werden dürfe. Die Saarpresse mache in ihrer überwiegenden Mehrheit kein Hehl daraus, daß sie vorbehaltlos für die Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland eintrete. Eine andere Haltung könne niemand von ihr erwarten. Sie habe bisher ihre Kritik in dem Rahmen gehalten, der ihr zugestanden werden müsse, wenn nicht die Rechtsgrundlage für die Abstimmung erschüttert werden solle. Trotzdem seien eine Reihe von Zeitungsverboten erfolgt, von denen nur die nationale Presse betroffen worden sei. Diese Presse werde dadurch unter Druck gehalten, der mit dem Saarstatut nicht in Einklang gebracht werden könne. Ebensowenig sei es mit dem Saarstatut vereinbar, daß eine Reihe reichsdeutscher Druckschriften dauernd im Saargebiet verboten sei. Der Landesrat richte daher an die Regierungskommission das Ersuchen, die Verbote beschleunigt aufzuheben.

Roosevelt an sein Volk

Die amerikanische Industrie wird mobil gemacht

Mit einer Rundfunkansprache leitete Präsident **Roosevelt** seinen Feldzug ein, durch den er **die Industrie mobil machen** will, um ein **sofortiges Steigen der Löhne** bei gleichzeitiger Herabsetzung der **Arbeitszeit** im ganzen Lande zustandezubringen.

Der Präsident sagte u. a., alle seit dem 3. April ergangenen Vorschläge und gesetzgeberischen Maßnahmen seien zusammenhängende Teile eines logischen Ganzen. Seit Jahren habe die Regierung über ihre Verhältnisse gelebt, die dringendste Aufgabe sei es daher gewesen, die regelmäßigen Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Dies sei geschehen. Der amerikanische Kredit sei in guter Verfassung. Der Unterbau des Bundeskredits stehe wie aus Granit breit und sicher da. Er sei die Grundlage des ganzen Erholungsplanes. Das Heilmittel sei, weniger zu erzeugen. In den letzten vier Jahren habe es einen Abstieg in die wirtschaftliche Hölle gegeben. Aber der Ausweg sei klar erkennbar. Wenn alle Arbeitgeber in jeder gleichartigen Branche sich auf die Festsetzung der gleichen angemessenen Löhne und der gleichen angemessenen Arbeitszeit für ihre Angestellten einigen würden, dann würden höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit den Arbeitgeber nicht schädigen. Hiermit sei die Grundidee der Gesellschaft und der Nation selbst berührt.

*

Aus Berlin wird dazu unterm 24. Juli geschrieben:

Der amerikanische Präsident Roosevelt hat den angekündigten Rundfunkvortrag an das amerikanische Volk gehalten, in dem er die Politik der Regierung zu einem Zeitpunkt erneut darlegt und begründet, der offensichtlich ein **neues Stadium der Krisenbekämpfung** in der nordamerikanischen Union darstellt. Die Rede hinterläßt den klaren Eindruck, daß Roosevelt sich durch den Kurseinbruch, der in den letzten Tagen die amerikanischen Börsen in dem gleichen Ausmaß erschütterte wie der große Zusammenbruch im Herbst 1929, in seiner grundsätzlichen Haltung nicht beirren läßt. Das auf weite Sicht gestellte **Programm zum Wiederaufbau** der amerikanischen Wirtschaft auf einer vorwiegend **nationalen Basis** soll sogar **in verstärktem Maße durchgeführt** werden. Nach der im März erfolgten Reorganisation des Bankensystems und der durch Umschuldung und Preishebung eingeleiteten Erneuerung der landwirtschaftlichen Rentabilität wird jetzt mit der Energie und Großzügigkeit, die alle Maßnahmen des neuen Präsidenten charakterisieren, der industrielle Sektor der amerikanischen Wirtschaft in Angriff genommen. Die Aufhebung des Antitrustgesetzes bedeutet die Schaffung von Möglichkeiten einer umfassenden **Neugliederung der amerikanischen Industrien.** In dem Plan einer Zusammenfassung einzelner Industriezweige, die sich eine ihren Verhältnissen entsprechende Arbeitsverfassung zu geben hätten, kann man gewisse ständische und korporative Grundgedanken deutlich erkennen. Diese Tendenz wird noch klarer, wenn man berücksichtigt, daß auch an der Einführung und **Verbindlichkeitserklärung von Mindestlöhnen und Höchstarbeitszeiten** gearbeitet wird. Gerade mit diesen Ideen dürfte der Präsident allerdings auf den **starken Widerstand** der traditionellen Kräfte stoßen, die besonders in Amerika mit aller Schärfe den individualistischen **„Herr-im-Haus"-Standpunkt** vertreten. Trotzdem wird voraussichtlich der Plan des Präsidenten ebenso angenommen werden, wie die bisherige gesetzgeberische Arbeit durchgeführt werden konnte. Dies nicht nur, weil man in Amerika rein psychologisch die tatkräftige Inangriffnahme eines Wiederaufbauprogramms dankbar begrüßt, sondern auch deshalb, weil der Grundgedanke, der den Präsidenten leitet, ein unbedingt gesunder ist. Eine dauerhafte Wohlfahrt des Volkes nämlich, so führte der Präsident in seiner Rundfunkansprache aus, sei nicht zu erreichen, wenn es der einen Hälfte des Volkes gut gehe, während die andere zahlungsunfähig sei. Die zum Schluß ausgesprochene Warnung vor wirtschaftlichen Sachverständigen, die aus lauter theoretischen Bedenken heraus nicht an die menschliche Kraft zur Ueberwindung einer wirtschaftlichen Krankheit glauben, wird gerade in Deutschland stärkste Beachtung und ein lebhaftes Echo finden.

Balbo auf dem Rückflug

Aus Newyork, 25. Juli, wird gemeldet: **Balbo ist mit seinem Geschwader** um 9.01 Uhr ostamerikanischer Zeit **zum Rückflug gestartet. Die erste Etappe ist Shediac** in Neubraunschweig.

Aus **Shediac** kommt dann die Meldung: Von dem italienischen Geschwader sind hier nur 22 **Flugzeuge auf das Wasser niedergegangen.** Außer **einem Flugzeug, das wegen Bruch der Oelleitung notlanden** mußte, sah sich der **Pilot eines zweiten Flugzeuges in St. John (Neubraunschweig) gezwungen, niederzugehen, um neuen Betriebsstoff aufzunehmen.** Beide Maschinen werden dem Geschwader in kurzer Zeit nach Shediac **nachfliegen.**

Verhaftungen in Spanien wegen einer Umsturzbewegung

Im Zusammenhang mit den von der spanischen Regierung getroffenen Sicherheitsmaßnahmen sind **in Madrid und Umgebung 110 Personen verhaftet** worden. Unter ihnen befindet sich ein höherer Polizeibeamter, der faschistische Flugschriften verteilte.

Aus **Barcelona**, 25. Juli, kommt die Meldung: Auf Anordnung des Innenministeriums haben die Behörden gestern **umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen** ergriffen, um jeden Versuch, das republikanische Regime zu stürzen, im Keime zu ersticken. **Die Armee** stand bis zum späten Abend **alarmbereit. 150 bekannte Syndikalisten** und auf der äußersten Rechten stehende Persönlichkeiten sind **verhaftet** worden.

Ministerpräsident Azana bezeichnete die **Umsturzbewegung**, die die Regierung aufgedeckt zu haben erklärt, als eine **rein zivile**; Militärpersonen seien daran nicht beteiligt.

Nach in Paris vorliegenden Meldungen sollen bisher nicht weniger als **500 Personen in Haft** bezw. **Schutzhaft** genommen worden sein.

Beitritt des Vatikans zum Völkerbund?

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph will wissen, daß in einflußreichen Völkerbundskreisen von der **Möglichkeit** gesprochen **werde, dem Vatikan einen Sitz im Völkerbundsrat anzubieten.**

Es werde darauf hingewiesen erstens, daß der Heilige Stuhl durch den Vertrag mit Italien seine weltliche Souveränität in Form der unabhängigen Stadt des Vatikans wiedererlangt habe, zweitens, daß durch Japans Ausscheiden aus dem Völkerbund einer der ständigen Sitze im Rat freigeworden sei, und drittens, daß nur der Vatikan sich um den Sitz bewerben könnte, ohne Eifersucht und Streit hervorzurufen wie im Jahre 1926. Unter den Anwärtern würden sich Polen, Spanien, die Türkei und vielleicht sogar **China befinden. Andererseits sei es fraglich,** ob der Heilige Stuhl selbst den Wunsch habe, Völkerbundsmitglied zu werden. Es scheine, daß im Kollegium der Kardinäle die Mehrheit dagegen sei, daß aber auch verschiedene Kardinäle einen anderen Standpunkt verträten, darunter der Kardinal Erzbischof von Wien.

Vor bedeutsamen amerikanischen Erklärungen

Reuter erfährt aus den Kreisen der amerikanischen Delegation, daß der Delegierte **Cox** am Donnerstag auf der letzten Vollsitzung der Weltwirtschaftskonferenz eine Rede zu halten beabsichtigt, in der er die

Ausgabe einer besonderen Art von Staatswerten empfehlen

wird. Die Maßnahme werde, vom europäischen Standpunkt aus gesehen, ziemlich revolutionär anmuten und, wenn sie angenommen werden sollte, von weittragender Bedeutung sein.

Weiter glaubt Reuter zu wissen, daß der Bericht des Präsidiums der Weltwirtschaftskonferenz, der am Donnerstag vorgelegt werden wird, die Empfehlung enthält, dem Präsidium die Aufgabe anzuvertrauen, alle Vorbereitungen für eine

Wiederaufnahme der Vollsitzungen

der Konferenz zu treffen. Weiter soll die Konferenz dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und

dem Präsidium die Vollmacht

geben, 1. jede Erfolg versprechende Maßnahme zu treffen, sei es durch Einberufung eines von der Konferenz einzusetzenden Ausschusses, sei es durch Bildung von Vertretungen besonders interessierter Staaten zur Durchberatung einzelner Probleme oder zum Studium jeder beliebigen Sonderfrage, 2. festzusetzen, wann und in welcher Weise die Konferenz als Ganzes wieder zusammenberufen werden soll.

Kleine polit. Nachrichten

Neue Richtlinien für den Geschichtsunterricht

Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, hat dem Unterrichtsministerium der Länder Richtlinien für die Geschichtslehrbücher übersandt mit dem Bemerken, daß der Geschichtsunterricht künftig unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte dieser Richtlinien zu erteilen sei, obwohl die diesen Richtlinien entsprechenden Geschichtslehrbücher kaum vor Ostern 1935 vorliegen werden.

Vertrauensvotum für die belgische Regierung

Die französische Kammer hat der Regierung mit 97 Stimmen der katholisch-liberalen Mehrheit gegen 79 Stimmen der Sozialisten, flämischen Nationalisten und Kommunisten das Vertrauen für den bisherigen Gebrauch der Sondervollmachten ausgesprochen.

Die Angehörigen des Bürgermeisters Worch, Langewiesen, in Schutzhaft

Auf Anordnung des thüringischen Ministeriums wurden Frau und Tochter des nach Prag entflohenen ehemaligen Bürgermeisters von Langewiesen, Worch, in Schutzhaft genommen. — Worch hatte seinerzeit in angeblicher Erwartung einer nationalsozialistischen Erhebung das Langewiesener Rathaus besetzen lassen und Reichsbannerangehörige mit Waffen ausgerüstet. Die Verhaftung seiner Angehörigen erfolgte als Gegenmaßnahme gegen die durch Worch vom Auslande aus verbreiteten Berichte über seine angebliche Behandlung in Deutschland.

Französische Inbesitznahme von Inselgruppen im Chinesischen Meer

Durch eine im „Journal officiel" erschienene Mitteilung erfährt man, daß französische Flotteneinheiten in letzter Zeit mehrere im Chinesischen Meer zwischen Indochina, Borneo und den Philippinen gelegene Inselgruppen besetzt und unter französische Hoheit gestellt haben. Es sind die Inselgruppen Pratly, Cay d'Amboine, Itu-aba, die sogenannte Zwei-Inselgruppe, Laito, Thi-Tu.

Letzte Nachrichten

Beschlagnahmtes Gewerkschaftsmaterial für die Deutsche Arbeitsfront

Wie das VDZ.-Büro meldet, gibt der preußische Innenminister in einem neuen Runderlaß über die **Einziehung von Vermögensgegenständen staats- oder volksfeindlicher Organisationen** nähere Anweisungen.

Danach sind gegen die Einziehung von Vermögensgegenständen staatsfeindlicher Organisationen zu Gunsten des Landesfiskus die gegen polizeiliche Verfügungen zulässigen Rechtsmittel nicht gegeben. Die Einziehungsverfügung wird vielmehr mit der Zustellung oder öffentlichen Bekanntmachung rechtskräftig. Welche anderen als marxistischen Bestrebungen vom Reichsinnenminister für volks- oder staatsfeindlich im Sinne des Reichsgesetzes vom 14. Juli über das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie erklärt worden sind, werde der Minister zu gegebener Zeit mitteilen. **Der Minister** unterstreicht erneut, daß er sich **die endgültige Verfügung über die eingezogenen Vermögensgegenstände ausschließlich allein vorbehalten** habe. Beamte, die dieser Weisung zuwiderhandeln, würden für die dem Staat etwa entstandenen oder noch entstehenden Schäden persönlich haftbar gemacht werden.

Nähere allgemeine Weisungen über die Verwertung eingezogener Vermögensgegenstände ständen bevor. Sie würden auch Richtlinien über **die Verwendung solcher Vermögensgegenstände enthalten, die bei zweifellos gewerkschaftlichen Organisationen beschlagnahmt und eingezogen** würden. Die Richtlinien würden die Verwendung derartiger Gegenstände **zu Gunsten der Deutschen Arbeitsfront** regeln. Hierunter fallende Vermögensgegenstände könnten daher bis zur abschließenden Regelung der Deutschen Arbeitsfront überlassen bleiben. Die unentgeltliche Zuteilung von Vermögensgegenständen, die bei sonstigen politischen Organisationen, insbesondere politischen Parteien, wie der SPD., den sozialdemokratischen Zeitungsverlagen und den Nebenorganisationen der SPD. erfaßt würden, an die Deutsche Arbeitsfront komme nicht in Frage.

Landesleiter für ständischen Aufbau

Die Nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht eine **Bekanntmachung des Amtes für ständischen Aufbau in der Obersten Leitung der P. O.**, in der u. a. darauf hingewiesen wird, daß der Gedanke des ständischen Aufbaus von unberufenen Elementen als Deckmantel für die Verfolgung von Sonderinteressen benutzt worden sei. Für alle Fragen des ständischen Aufbaues seien lediglich das **„Amt für ständischen Aufbau"** und die Gaufachleiter für ständischen Aufbau zuständig. Für die Gebiete je eines Landesarbeitsamtes sind Landesleiter ernannt worden, so für **Westfalen:** Christian Franke, MdR., Münster i. W., Annette-von-Droste-Hülshoff-Allee 25; **Rheinland:** Dr. Karl Georg Schmidt, Köln, Mozartstr. 28.

Vom Schwager erschlagen

Sensationelle Aufklärung brachte die Untersuchung eines **Totschlags** an dem Gipser **Karl Moritz** in **Jägerburg** (Saarpfalz). Die Gerichtskommission fand Moritz im Schlafzimmer **mit zertrümmerter Schädeldecke.** Die Leiche war durch Beilhiebe bestialisch zugerichtet worden. Die Erhebungen haben nun ergeben, daß nicht des Erschlagenen Schwiegervater, der sich sofort nach der Tat der Polizei gegenüber selbst bezichtigt hatte, der Täter war, sondern **der 24 Jahre alte Schwager des Moritz, Alfons Roth** aus Jägerburg, der im Verlaufe von Auseinandersetzungen **die tödlichen Beilhiebe geführt** hat. Roth wurde verhaftet. Man nimmt an, daß der Schwiegervater Nummler durch seine Selbstbezichtigung die Familie Roth hat schonen wollen. Roth war Vater von drei Kindern.

Gedenkstein in die Luft gesprengt

In **Bismarckhütte** wurde in der Nacht zum Montag durch unbekannte Täter ein **Aufständischen-Gedenkstein in die Luft gesprengt.** Es handelt sich um eine Gedenkplatte des in Schlesien gefallenen unbekannten Aufständischen- und Haller-Soldaten. Im Zusammenhang hiermit hat die Polizei mehrere **Verhaftungen** vorgenommen und **Haussuchungen** durchgeführt.

Nr. 173 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Mittwoch, den 26. Juli 1933

Aus der Stadt

Gut Heil!

Nach Stuttgart!

Gestern morgen begaben sich die Turner und Turnerinnen des Soester Turnvereins auf die Reise zum Deutschen Turnfest in Stuttgart. Um 5 Uhr traten 10 Turner und 11 Turnerinnen die Fahrt mit dem Kupke'schen Omnibus an. Aktiv am edlen Turnerstreit beteiligen sich Karl Rosenbaum (Zwölfkampf), Heinz Plange (Fechten), Frau Elli Plange (Siebenkampf) und Karl Bögge macht vom Kreis 8a aus mit bei verschiedenen Läufen. Als Kampfrichter beim Deutschen Turnfest wirkt Herr Oeste vom Soester Turnverein mit, der ebenfalls die Fahrt mit dem Omnibus unternahm. Wir hoffen u. wünschen, daß die Soester in Stuttgart ehrenvolle Plätze belegen und die Sache Vater Jahns als Soester gut vertreten. Gut Heil!

Westfälischer Blumentag für Blinde

Die Abrechnung für unsern Blumentag hat folgendes Bild ergeben:

Einnahmen durch Sammlung	503,67 Rm.
Einnahmen durch die Verlosung	264,99 Rm.
Programmverkauf für das Schülersingen	233,88 Rm.
Sonstige Einnahmen durch Spenden	50,— Rm.
Ueberschuß bei der Lichtbildvorstellung	24,85 Rm.
Ausgaben, entstanden durch Leihen der Lautsprecheranlage, Drucksachen, Zeitungsanzeigen, Transporte	97,19 Rm.
An den Westf. Blindenverein abgeführter Ueberschuß:	980,20 Rm.

Dieses schöne Ergebnis konnte nur durch die freudige Mithilfe der ganzen Soester Bevölkerung erzielt werden. Wir wissen daher kaum, wo wir mit unserm Dank beginnen und wo enden sollen. Möge allen freundlichen Helfern und Helferinnen der schöne Erfolg der beste Lohn für ihre Hilfe sein.

Grasemann.

★

)!(**Ab ins Konzentrationslager!** Der noch in „bester Erinnerung" stehende Kunstmaler K. Rogall, der seinerzeit in der „Roten Wippe" in Zeichnungen in übelster Weise hetzte, hatte auch in letzter Zeit wieder versucht, Maßnahmen der Regierung durch Wort und Bild verächtlich zu machen. Er wurde festgenommen u. wird in Kürze in das Konzentrationslager abgeschoben.

(!) **Kontrolle.** Im Bereich einer gestern vormittag in ganz Deutschland durchgeführten Kontrolle von Autos etc., wie an anderer Stelle berichtet, fand gestern auch hier an den Toren der Stadt eine Revision statt. Die Beamten u. Hilfspolizei hatte bei dem starken Verkehr eine Menge Arbeit. Zeitweise stauten sich die zu Kontrollierenden.

)!(**Hitler-Jugend.** Der nächste Dienst der Hitler-Jugend, Standort Soest, findet am Mittwoch, den 26. Juli 1933, um 20,15 Uhr auf dem Pollhof statt (Heimabend). Das Erscheinen jedes Hitlerjungen ist Pflicht.

)!(**Deutscher Holzarbeiterverband, Kreisleitung Soest (Westf.).** Am Donnerstag, den 27. ds. Mts., findet in Körbecke im Lokale Schröder, abends 8 Uhr eine Versammlung sämtlicher Holzarbeiter und Waldarbeiter statt. Es ist Pflicht eines jeden zu erscheinen, soweit sie im Amtsbereich des Amtes Körbecke ihren Wohnsitz haben. In dieser Versammlung wird über alle Fragen des deutschen Holzarbeiterverbandes eingehende Aufklärung durch den Verbands-Kreisleiter Pg. Kehlbreier Soest gegeben.

)!(**Thomägemeinde.** Zu dem gestern unter Nachrichten aus Westdeutschland gebrachten Ergebnis von der Kirchenwahl bei St. Thomä in Soest ist berichtigend nachzutragen, daß durch Zustandekommen einer Einheitsliste, die zu 70 Prozent Deutsche Christen zählt, eine Wahl nicht erforderlich war.

(!) **Die Wasserfreunde** halten heute abend 9 Uhr die letzte Versammlung vor dem am kommenden Sonntag stattfindenden Internationalen Schwimmfest ab. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu der Versammlung zu erscheinen.

„Dem Dritten Reich entgegen!"

Beim Platzkonzert der Kriegervereinskapelle am letzten Sonntag wurde der Marsch „Dem dritten Reich entgegen!" von Hans Köddermann, in der Orchesterbearbeitung von Kapellmeister Schmitt, Soest, zum ersten Mal vorgetragen. Der Marsch beginnt, dem Namen sinngemäß, mit den ersten Takten des alten Freiheitsliedes „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!" als Eingangsfanfare, führt über zwei Sätze im Stile altpreußischer Marschmusik zum Trio mit der volkstümlichen Melodie, welche uns der Schülerchor Sonnabend im Schützenhof zum Schluß vermittelte. Die Bearbeitung für Blasorchester wird der klangvoll abwechslungsreichen, nicht leichten Harmonisierung der Komposition, der einprägsamen Triomelodie gerecht, untermalt und hebt manche Stellen durch geschickt eingeführte Trompetenstöße und elegante Figurationen für Klarinette und Flöte. Hoffentlich wird uns dieser Soester NS-Marsch in Zukunft stets und forsch vermittelt.

Lotterie für Arbeitsbeschaffung

Die Schlacht gegen die Arbeitslosigkeit hat beonnen; mit größter Energie ist die Reichsregierung an das Werk der Arbeitsbeschaffung gegangen. Bereits konnten 2 Millionen deutscher Volksgenossen wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Die Durchführung großer Arbeitsbeschaffungsprojekte ist für die nächste Zukunft geplant. Die Hoffnung auf siegreiche Durchführung des Kampfes zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, dieser Geißel der Menschheit, ist also begründet. Aber die erfolgreichen Anfänge dürfen nicht über die Schwierigkeiten dessen hinwegtäuschen, was noch zu leisten ist. Erst wenn die Millionen Arbeitslosen, die heute noch ohne Beschäftigung sind, ebenfalls Arbeit und Erwerb gefunden haben, ist das große Werk wirklich geschafft. Daß es geschafft wird, daran muß jeder mitwirken. Diese Mitarbeit ist ein Gebot echter Volksgemeinschaft. Sie liegt aber auch im Interesse eines jede neinzelnen, wenn er auch vielleicht noch Arbeit hat, denn indirekt trifft die Arbeitslosigkeit von Millionen Volksgenossen jedermann.

Nun hat die Reichsleitung der NSDAP. eine Lotterie für Zwecke der Arbeitsbeschaffung eingeleitet. Durch Erwerb eines Loses vermag jeder Volksgenosse zur Arbeitsbeschaffung beizutragen, und gleichzeitig gewinnt er die Aussicht auf einen Lotteriegewinn. Die Preise der Lose — das Einzellos kostet Rm. 1,00, das Doppellos Rm. 2,00 — ermöglicht einem jeden die Beteiligung. Die Sparkassen haben für diesen Weg, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt. Auch bei der Städtischen Sparkasse in Soest und der Sparkasse der ländlichen Gemeinden der Soester Börde Soest, sind an den Schaltern Lose zu haben. Niemand bleibe unbeteiligt!

Beschlagnahme des SPD.-Vermögens

Es ist allgemein bekannt, daß große Teile des früheren SPD.-Vermögens teils ins Ausland, teils im Inland verschoben worden sind, um dieses Vermögen dem staatlichen Zugriff zu entziehen. Die Bevölkerung wird hiermit öffentlich aufgefordert, die Behörden bei der Ermittlung und Ueberführung dieses Vermögens der SPD. in die öffentliche Hand zu unterstützen, und zwar sowohl des eigentlichen Parteivermögens (insbesondere des Vermögens der früheren SPD.-Presse) als auch des Vermögens aller sogenannten Nebenorganisationen der S. P. D.

Hengst-Hauptkörung und Prämiierung

Die diesjährige Hengst-Hauptkörung und Prämiierung findet in der Zeit vom 25. bis 27. Oktober in Münster in der Halle „Münsterland" statt. An Anmeldegebühren, wovon die Ausgleichsfracht erstattet wird, sind für jeden Hengst bis 1. August ds. Js. 18,— Rm. zu zahlen, auch für die nur zur Prämiierung angemeldeten Hengste. Falls sich die Frachtkosten erhöhen, wird eine entsprechende höhere Gebühr erhoben. Ein etwaiger Fehlbetrag wird durch Umlage erhoben. Für nach dem 1. August ds. Js. angemeldete Hengste sind 40,— Rm. und für im Termin angemeldete Hengste 100,— Rm. zu zahlen. Die Körgebühr beträgt 10,— Rm. für jeden Hengst und das Jahr.

Gemäß Artikel 2 der Ausführungsanweisung zur Polizeiverordnung, betr. die Körung der Zuchthengste, sind die Hengste bis zum 1. August 1933 bei der Landwirtschaftskammer in Münster i. W., Schorlemerstraße 6, unter Benutzung eines besonderen Anmeldebogens (kostenfrei durch die Landwirtschaftskammer zu beziehen) unter Beifügung des Abstammungsnachweises (Fohlenschein) anzumelden. Persönliche Anmeldungen werden in der Pferdezuchtabteilung, Engelstraße 28 II, angenommen. Mit der Anmeldung ist gleichzeitig die Anmeldegebühr (für jeden Hengst 18,— Rm.) auf das Postscheckkonto der Landw.-Kammer Dortmund Nr. 4502 zu überweisen.

Gemäß Artikel 4, Absatz 1 der Ausführungsanweisung zur Polizeiverordnung dürfen Hengste, bei denen Eingriffe zwecks Verdeckung der natürlichen Körperbeschaffenheit (Paraffineinspritzung und dergl.) vorgenommen sind, zur Körung nicht zugelassen werden. Hierunter fallen nicht solche Hengste, bei denen allgemein gebräuchliche Eingriffe, wie Schweif-Kupieren, Entfernung von Warzen und dergl. vorgenommen wurden.

Hengste, die schon einmal vorgestellt sind, müssen unter dem zuerst aufgeführten Namen angemeldet werden.

Zur Prämiierung werden zugelassen, angekörte Hengste Westfälischer Abstammung, sowie in anderen Zuchtgebieten gezogene Hengste, letztere jedoch nur insoweit sie sich am Prämiierungstage nachweislich mindestens 2 Jahre im Eigentum Westfälischer Züchter oder Genossenschaften in der Provinz Westfalen befinden.

Die Besitzer von angekörten Hengsten, sowie die Mitglieder des Verbandes der Hengstzüchter und Eigenhengsthalter Westfalens erhalten einen Anmeldebogen mit einem Abdruck dieser Bekanntmachung kostenfrei übersandt.



Rezept

4 Pfd. entsteinte Pflaumen, Pfirsiche, Sauerkirschen, Aprikosen, Reineclauden oder Mirabellen — einzeln oder in beliebiger Mischung — sehr gut zerkleinern und mit 4 Pfd. Zucker zum Kochen bringen. Hierauf 10 Minuten stark durchkochen, dann 1 Normalflasche Opekta zu 86 Pfg. hinzurühren u. in Gläser füllen. — Ausführl. Rezepte sowie Etiketten für Ihre Marmeladengläser liegen jeder Flasche bei.

Opekta ist nur echt mit dem 10-Minuten-Topf.

Trocken-Opekta ist Opekta in Pulverform und wird gerne für kleine Portionen von 2 bis 4 Pfund Marmelade verwendet, da es schon in Päckchen zu 23 Pfennig und 45 Pfennig zu haben ist. — Packung für 7 Pfund Marmelade 85 Pfennig. Genaue Rezepte sind aufgedruckt.

Achtung! Rundfunk! Sie hören über den Westdeutschen Rundfunk jeden Mittwoch-Vormittag 9.30 Uhr den sehr interessanten Lehrvortrag aus der Opekta-Küche „10 Minuten für die fortschrittliche Hausfrau". — Rezeptdurchgabe!

Das Opekta-Rezeptbuch, reich bebildert, erhalten Sie für 20 Pfennig in den Geschäften. Falls vergriffen, gegen Voreinsendung von 20 Pfennig in Briefmarken von der OPEKTA-GESELLSCHAFT M. B. H., KÖLN-RIEHL

Das vertauschte Ich

6 **Roman von Herm. Hilgendorff**

„Ein Sklavenhalter, Sie wollen mich verklaven . . . mit den Wechseln . . . mit der Ehre meines Vaters . . ."

„Das will ich!" sagte Lestmann und lächelte noch immer. Er fand diese Frau in ihrem Zorn immer schöner. Immer größer wurde die Frau in seinem Herzen, daß die Braut Benno Arams ihren Bräutigam . . . haßte.

„Ich verachte Sie . . .!" schrie Inge und trat fast drohend einen Schritt vor. Ihre Augen funkelten und sie war hübsch wie eine Amazone. Sie stand nur einen Schritt von Paul entfernt. Der Duft eines süßen, hauchzarten Parfüms betäubte Lestmann fast.

„Ah!" sagte er fast stöhnend: „. . . Sie verachten mich und ich . . . liebe Sie!"

„Lieben? Was verstehen Sie von Liebe? . . . Sie . . . Tier!"

Inge zitterte am ganzen Körper vor Aufregung. Ihr Haß brach aus wie eine brennende Lava. Sie hätte den Mann vor sich töten können.

„Hätten Sie eine Spur von Charakter, würden Sie nicht eine Frau zwingen, von der Sie wissen, daß Sie sie haßt, verachtet, der Sie nichts sind, als ein ekles Gewürm . . . Außerdem sind Sie ein Feigling. Die ganze Stadt spricht von Ihrer Feigheit. Nichts ist widerlicher, als ein feiger Mann . . .!"

Ihr Atem flog und ihre Augen sprühten Blitze.

„Ich bin nicht feige, und es wird der Tag kommen, wo Sie mich lieben . . .!" sagte Paul Lestmann mit Ueberzeugung.

Inge hielt diese Worte für Hohn. Sie sah aus diesen Worten, daß ihren Bräutigam nichts zwingen konnte, sie freizugeben, daß er ihre Verachtung hinnehmen würde. Sie hatte im stillen gehofft, diese Wahrheiten würden das Band, das sie an diesen Verachteten fesselte, zerreißen. Sie sah sich enttäuscht. Aerger und Verzweiflung krochen in ihr Herz.

Sie sah nicht die Bewunderung, Liebe, Erstaunen in den Augen Lestmanns.

Das brachte sie zu einer erneuten Explosion.

„Tier!" schrie sie noch einmal.

Sie hob die kleine, schnelle Hand.

Klatsch!

Eine Ohrfeige von Inges Hand brannte auf der Wange Lestmanns.

Lestmann hatte einen kleinen Schrei ausgestoßen. Nicht einen Schrei des Schmerzes. Nein, einen Schrei der Ueberraschung über das impulsive Temperament seiner Braut.

Leon von Grabow riß Inge zurück. Er zitterte am ganzen schwammigen Körper. In seine ausdruckslosen Augen trat der Glanz einer verzweifelten Angst.

Seine Zähne mahlten vor Entsetzen. Er hielt sich nach dieser Szene für verloren. Benno Aram würde ihn jetzt vernichten. Diese Ohrfeige seiner Tochter würde ihn ins Gefängnis bringen. Er kannte Benno Arams ehrfüchtigen Charakter.

„Du hast mich ruiniert!" schrie er heiser und umkrallte den Arm seiner Tochter. „Er wird mich ins Gefängnis bringen! Die Wechsel!" Er sah mit Augen der Verzweiflung und der tödlichen Angst von Lestmann zu seiner Tochter.

Lestmann stand unbeweglich. Um seine Lippen zuckte ein leises Lachen. Er spürte kaum das Brennen auf der Wange. Lestmann liebte Kraft, Energie und Willen. Diese Frau besaß alles in ungewöhnlichem Maße. Aber jetzt hatte doch bei Inge die Reaktion eingesetzt. Sie stand zitternd vor Lestmann. In ihren Augen glänzten Tränen. Sie erkannte, daß sie nicht nur ihren Vater, sondern auch sich ruiniert hatte. Sie hatte ihrem Vater die Türen des Gefängnisses geöffnet . . . und trotzalledem . . . es war ihr Vater.

„Ich bin nie einem etwas schuldig geblieben!" sagte Paul Lestmann.

„Sie wollen mich vernichten?" stöhnte der alte Grabow, und Inge fühlte die Schwere des Vaters schwankend an ihrem Arm.

Paul Lestmann schritt auf den Geldschrank zu. Er hatte nicht umsonst in der Nacht die Aufzeichnungen Arams gelesen. Er wußte von den Wechseln . . .

Als Lestmann die Tür des Geldschrankes öffnete, hörte er ein Stöhnen hinter sich.

Inge wollte rufen: „Verzeihen Sie mir!" Sie wollte sich für ihren Vater opfern. Aber sie konnte den Ruf nicht über ihre Lippen bringen. Sie konnte nicht . . . nichts als ein Wimmern entrang sich ihrem bisher so mutigen Mund. —

Lestmann trat mit den Wechseln zu der zitternden Frau.

„Dies sind sie . . .!"

Trotz des Tränenschleiers vor ihren Augen erkannte Inge die Handschrift ihres Vaters.

Lestmann drehte die Wechsel um.

Unleugbar war dort in Grabows Handschrift der Name Benno Aram gezeichnet.

„Sie werden sich rächen?" stöhnte Inge.

„Geben Sie mir einen Revolver!" keuchte Leon von Grabow. Seine Stimme war undeutlich vor Heiserkeit. In seinen Augen brannte die Energie der Verzweiflung.

Lestmann stand lächelnd in der Szene.

„Natürlich werde ich mich rächen!"

Lestmann griff nach einem elektrischen Zigarettenanzünder.

Blau züngelte eine schnelle Flamme hervor.

Er hielt die Wechsel über die Flamme.

Mit roten, schnellen, gierigen Zähnen fraß die Flamme das weiße Papier. Durch die Stille des Zimmers knisterte einige Sekunden die fressende Flamme.

„Die Quittung für die Ohrfeige!" sagte Lestmann und trat zu Inge. Er hielt in der Hand den grauweißen Aschenrest.

Inge sah ihn mit weit aufgerissenen Augen an. Die Tränen versiegten vor der wilden Flamme, die aus ihren großen Augen brach.

Leon lachte wild. Er begriff am allerwenigsten diese Handlung Benno Arams. Er erhob sich aus seinem Sessel, aber ein Schwindelgefühl warf ihn wieder zurück. Seine nervösen Finger zerzausten die seidene Krawatte in Fetzen.

„Ich begreife Sie nicht", stotterte Inge, und eine heiße Röte brannte über ihr Gesicht.

Zum erstenmal an diesem Tage betrachtete sie scharf und forschend das Gesicht Benno Arams. So scharf, als müsse sie darin eine Lösung dieser unverständlichen Handlung finden.

Auf einmal kam ihr dies Gesicht seltsam verändert vor. Ja, es war das Gesicht Benno Arams. Aber irgendwie schien es gewandelt. Die schlaffen, energielosen Falten um den Mund waren hart und energisch. In den blaßblauen Augen saß ein Feuer, was sie nie darin gesehen hatte. —

Und plötzlich kam es ihr auch vor, als höre sie aus dieser Stimme Benno Arams einen metallischen Klang heraus, den sie nie wahrgenommen hatte. Ganz unwillkürlich drängte sich ihr die Frage auf:

„Was hat Sie verändert?"

Sie wunderte sich über die rote Welle, die Benno Aram ins Gesicht schoß und die seinem Gesicht unbeschreibliche Wärme und Leben gab.

Sie hatte dies Gesicht gehaßt!

Zum ersten Male entdeckte sie, daß das Gesicht Benno Arams hübsch war . . .

In diesem Augenblick klirrte die Fensterscheibe.

Glassplitter spritzten in das Zimmer. Dumpf fiel irgend ein schwerer Gegenstand mitten auf den Teppich des Zimmers nieder.

Lestmann bückte sich.

Er hob einen Stein auf, um den ein Stück Papier gewickelt war. Lestmann wickelte das Stück Papier auf.

Er lachte. Es war ein fröhliches, befreiendes Lachen.

„Wie niedlich!"

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westdeutschland

Revisionsantrag im Kölner Mordprozeß

Hamacher legt Revision ein — Nieswand nimmt das Urteil an

Köln. Wie wir hören, hat der am Samstag im Prozeß wegen der Ermordung der SA.-Leute Spangenberg und Winterberg zum Tode verurteilte Angeklagte Hamacher durch seinen Rechtsbeistand Revision gegen das Urteil anmelden lassen. Dagegen hat der Angeklagte Nieswand auf ausdrückliches Anraten seines Verteidigers das auf 15 Jahre Zuchthaus lautende Urteil angenommen. Die übrigen Rechtsanwälte und ihre Mandanten sind sich noch nicht darüber schlüssig, ob Revision angemeldet werden soll oder nicht.

Erste Evangelische Akademie in Köln

Köln. In Anwesenheit zahlreicher Kirchenvertreter fand die Eröffnung der ersten preußischen Evangelischen Akademie statt. Landrat Dr. Krummacher, der Leiter der Glaubensbewegung Deutsche Christen in Rheinland und Westfalen, skizzierte kurz die Aufgaben der Akademie. Mit der Gründung der Akademie solle das neue politische Werden seinen seelischen und geistigen Unterbau erhalten. Das bedeute keine Vertiefung der konfessionellen Gegensätze, sondern die logische Fortentwicklung des nationalsozialistischen Staates. Jeder Student solle durch die hier abgehaltenen Vorlesungen mit dem Inhalt des Evangeliums in Berührung kommen. — Nach Begrüßungsworten des Rektors Prof. Dr. Leupold sprach Wehrkreispfarrer Müller, dessen Rede in den Worten gipfelte, daß jeder evangelische Akademiker Träger des Evangeliums sein müsse. Der feierliche Akt war von musikalischen Darbietungen umrahmt.

Motorrad rast in ein Auto — 2 Tote

Tragisches Ende einer Kirmesfahrt

Alf b. Cochem. Ein junger Mann aus Reil, der mit einem jungen Mädchen aus Düsseldorf, das an der Mosel seine Ferien verbrachte, nach Bullay zur Kirmes wollte, raste mit seinem Motorrad in ein Auto. Das Mädchen wurde in hohem Bogen auf die Straße geschleudert und trug so schwere Verletzungen davon, daß es auf dem Wege zum Krankenhaus starb. Der junge Mann erlag im Krankenhaus seinen Verletzungen.

In 2 Tagen 60 000 Pilger in Trier

Telegramm an Papst Pius XI. und an Reichskanzler Adolf Hitler

Trier. Kardinal Dr. Schulte-Köln und Bischof Dr. Bornemann von Trier haben gestern an Papst Pius XI. ein Telegramm gerichtet, indem sie ihm Mitteilung davon machen, daß die Ausstellung des Heiligen Rockes in Trier in Gegenwart von Vizekanzler von Papen, Staatssekretär Grauert, vieler Behördenvertreter und einer großen Zahl von Gläubigen stattgefunden habe. Sie versichern dem Papst ihre kindliche Ergebenheit und erbitten für sich und alle Pilger zum Heiligen Rock den Apostolischen Segen.

Der Bischof von Trier sandte weiter an Ministerpräsident Goering ein Danktelegramm für die Entsendung des Staatssekretärs Grauert zur Eröffnungsfeierlichkeit nach Trier. Er hoffe, daß die Feier zum Segen von Staat und Kirche werde. Vizekanzler von Papen und Bischof Bornewasser richteten weiter ein Telegramm an Reichskanzler Hitler. Am Sonntag zogen 37 900 und am Montag bis 7 Uhr abends 22 100 Pilger am Heiligen Rock vorbei, zusammen also an zwei Tagen 60 000 Personen.

Unterschlagungen bei der AOK. Hagen

Hagen. Der Vorsteher der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hagen, Hermann Faust, hat eine Unterschlagung aufgedeckt, die in ihrem vollen Ausmaße noch nicht übersehen werden kann. Der Schuldige, Hauptkassierer Twittenhof, befindet sich bereits in Haft. Die Unterschlagungen, von denen Twittenhof bereits 10 000 RM. eingestanden hat, erstrecken sich auf den Zeitraum von mehreren Jahren.

Und besonders im Westen: ...

Niedrigste Geburtenziffern in Großstädten

Ungewöhnlich starke Sterblichkeit in westdeutschen Großstädten — Höchster Geburtenüberschuß in Großstädten mit starker Bergarbeiterbevölkerung

Das Preußische Statistische Landesamt gibt bekannt: Das erste Viertel des laufenden Jahres war für die Entwicklung der preußischen Großstadtbevölkerung recht ungünstig. Die Zahl der Eheschließungen verringerte sich nicht unbeträchtlich, die an sich geringe Geburtenfrequenz sank weiter, und die Sterblichkeit stieg so stark, daß die Großstädte insgesamt einen bedeutenden Sterbeüberschuß aufweisen. Der Durchschnittswert der auf 1000 Einwohner und ein Jahr berechneten Heiratsziffer aller preußischen Großstädte betrug im Berichtsvierteljahr 6,9 Promille, war also ebenso hoch wie im ersten Viertel des Vorjahres. Von den 36 Großstädten hatten 17 eine höhere Heiratsziffer als im Vergleichsvierteljahr, doch setzten sich diese 17 vornehmlich aus den Städten mit einer Bevölkerung von 100 000 bis 150 000 Einwohnern zusammen. In dieser Gruppe, die insgesamt zwölf Großstädte umfaßt, waren zehn, die eine gegen das Vorjahr gestiegene Heiratsziffer aufwiesen, dagegen waren unter den elf Großstädten mit 150 000 bis 300 000 Einwohnern nur vier und unter den dreizehn Großstädten mit mehr als 300 000 Einwohnern nur drei Orte mit steigender Ehefrequenz.

Die Gesamtzahl der Eheschließungen in den 36 preußischen Großstädten belief sich auf 22 799 gegenüber 24 065 im ersten Vierteljahr 1932, verringerte sich also um 5,3 Prozent. Die durchschnittliche Geburtenziffer der preußischen Großstädte belief sich auf 14,1 gegenüber 14,8 Promille im ersten Vierteljahr 1932. Von den 36 Großstädten hatten 29 im Berichtsvierteljahr eine geringere Geburtenzifer als im Vergleichsvierteljahr. Um mehr als 10 Prozent verringerte sich die Geburtenziffer in Hagen, Saarbrücken, Duisburg-Hamborn, Kiel, Münster i. W., Gleiwitz, Krefeld-Uerdingen und Gelsenkirchen. Von den sieben Großstädten, deren Geburtenziffer gestiegen war, hatte nur Beuthen eine Zunahme um mehr als 10 Prozent. Beuthen wies auch die höchste Geburtlichkeit von allen preußischen Großstädten auf (20,5 Promille). Die niedrigsten Geburtenziffern hatten Berlin (9,3) und Solingen (9,5) Promille.

Die Sterblichkeit hat in sämtlichen preußischen Großstädten, gemessen an der des entsprechenden Vierteljahres des Vorjahres, zugenommen; dies dürfte im wesentlichen eine Folge der starken Zunahme der Grippeerkrankungen in den Monaten Januar und Februar sein. In einigen Großstädten erhöhte sich die Sterblichkeit sehr stark. So stieg z. B. die Sterbeziffer von Solingen von 9 auf 15 Promille, also um 66,7 Prozent. Auch in Mülheim a. d. Ruhr und Dortmund stieg die Sterbeziffer ungewöhnlich stark (um 49,4 und 44,8 Prozent). Der Durchschnittswert der Sterbeziffern sämtlicher preußischer Großstädte stieg von 11,9 auf 14,6 Promille, also um 22,7 Prozent. Die Säuglingssterblichkeit war erheblich höher als im Vergleichsvierteljahr 1932, wenn sie auch nicht in dem Ausmaß der allgemeinen Sterblichkeit zugenommen hat. Auf 100 Lebendgeborene kamen im Berichtsvierteljahr im Durchschnitt der Großstädte 9,6 Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr, während es im Vorjahr 8,6 waren. Die hohe Sterblichkeit bei gleichzeitiger niedriger Geburtlichkeit hatte zur Folge, daß von den 36 Großstädten nur 15 einen Geburtenüberschuß aufwiesen.

Die Geburten- und Sterbeüberschußziffern ergaben im Durchschnitt einen Sterbeüberschuß von 0,5 Promille. Im ersten Vierteljahr 1932 hatten noch 31 Großstädte einen Geburtenüberschuß, und der Durchschnittswert der Salden sämtlicher 36 Großstädte ergab einen Geburtenüberschuß von 2,9 Promille. In der Nachkriegszeit hatte sich bisher nur einmal — und zwar im ersten Vierteljahr 1929 — als Durchschnitt der Geburten- und Sterbeüberschußziffern der Großstädte ein negativer Wert ergeben. Da die Großstädte, die im Berichtsvierteljahr einen Geburtenüberschuß aufwiesen, sich hauptsächlich aus Städten mit einer Einwohnerzahl von 100 000 bis 150 000 zusammensetzten, war der tatsächliche Sterbeüberschuß der preußischen Großstadtbevölkerung bedeutend höher, als der Durchschnittswert der Saldenziffern vermuten läßt. Die Zahl der Sterbefälle in allen preußischen Großstädten zusammen übertraf die der Geborenen um 7204. Bezieht man diese Zahl auf die Gesamteinwohnerschaft aller 36 Großstädte, so ergibt sich eine Sterbeüberschußziffer von 2,1 Promille. Im ersten Vierteljahr 1932 dagegen überwogen die Geburten die Sterbefälle um 3484, was einen tatsächlichen Geburtenüberschuß von 1 Promille bedeutet.

Die höchsten Geburtenüberschußziffern hatten im Berichtsvierteljahr Großstädte mit starker Bergarbeiterbevölkerung, nämlich Beuthen (7,5), Oberhausen (6,6), Hindenburg (5,4) und Gleiwitz (4,7) Promille. Den höchsten Sterbeüberschuß wiesen Solingen (—5,6), Berlin (—5,5), Krefeld-Uerdingen (—5,4) und Magdeburg (—4,4) Promille auf. In Berlin übertraf im Berichtsvierteljahr die Zahl der Sterbefälle die der Geborenen um 5724, im ersten Vierteljahr 1932 dagegen um 3409.

Er wollte sich im Gefängnis „verbergen"

Festnahme eines frechen Heiratsschwindlers

Remscheid. Den umfangreichen Nachforschungen der Polizei gelang es, den angeblichen Justizobersekretär Rolf Altena festzunehmen, der am 14. d. M. auf der Straße eine Witwe kennen lernte, ihr bereits am nächsten Tage das Heiratsversprechen gab und sie dann um 300 Mark erleichterte. Bei dem Schwindler handelt es sich um einen 36 Jahre alten kaufmännischen Angestellten aus Remscheid. Er hat die erhaltenen 300 Mark gleich in Köln in leichtsinniger Gesellschaft durchgebracht. Um Gras über die Sache wachsen zu lassen, hatte er sich dann dem Gefängnis in Wuppertal gestellt, um eine Strafe anzutreten, die anderweitig über ihn verhängt worden war.

Ein Hochstapler von Format

Düsseldorf. Die Kriminalpolizei verhaftete den 32 Jahre alten Schlosser Heinz Ebbers aus Recklinghausen, der von zahlreichen Behörden gesucht wird. Ebbers hat mit Hilfe gefälschter Papiere Wohlfahrtsämter um Reiseunterstützungen, viele Geschäftsleute um Radioapparate, Schreibmaschinen und ähnliche Sachen geprellt.

Kranken ist die Berührung des Heiligen Rockes erlaubt

Trier. Nach einer Mitteilung der Wallfahrtsleitung in Trier ist es Kranken erlaubt, in den frühen Morgenstunden eines jeden Tages den Heiligen Rock zu berühren. Kranke, die diesen Wunsch haben, müssen sich bei den zuständigen kirchlichen Behörden melden. Sie haben einen Fragebogen auszufüllen, der vom Pfarrer und vom Arzt unterschrieben werden muß. Unter Angabe des Besuchstages wird dieser Fragebogen dann der Wallfahrtsleitung zugestellt. Bis heute haben bereits 6000 Kranke die Erlaubnis zur Berührung des Heiligen Rockes nachgesucht.

Da kann man nichts dran machen

Schmugglerpech — Gegen einen Mast gerast

Aachen. Wie jetzt bekannt wird, konnten Beamte der Zollaufsichtsstelle Sief und Schmithof am vergangenen Samstag einen guten Fang machen. Ein Kraftwagen, der als schmuggelverdächtig gemeldet worden war, versuchte, in schneller Fahrt einen Lastwagen zu überholen. Er streifte jedoch den Lastwagen und rannte gegen einen Mast. Während der Führer festgenommen werden konnte, entkamen zwei weitere Personen. Beschlagnahmt wurden 65 200 Zigaretten, 135 Pfund Tabak, 670 Pfund Kaffee, 240 Heftchen Zigarettenpapier und 34 Pfund Zucker.

Mit Paddelboot gekentert und ertrunken

Wiesbaden. Zwei junge Leute, die des Schwimmens unkundig waren, wollten in einem Einsitzer-Paddelboot den Rhein überqueren. Das Boot kenterte, und die beiden jungen Leute fielen ins Wasser. Die Rettungsstation, die den Unfall beobachtet hatte, konnte einen Jungen retten, während der andere, der 18jährige Kratz aus Biebrich, ertrank. Seine Leiche ist bis zur Stunde noch nicht geborgen.

Gedenken an den bergischen Schlageter

Enthüllung einer Gedenktafel für den bergischen Freiheitskämpfer Devaranne

Solingen. Bei herrlichstem Sommerwetter fand in Wald die feierliche Enthüllung einer Gedenktafel zu Ehren des bergischen Freiheitskämpfers Johann Claudius Devaranne statt, der vor 120 Jahren von den Franzosen in Düsseldorf standrechtlich erschossen wurde. Nicht nur die gesamte Bevölkerung von Wald, sondern auch die Formationen der SA. und des Stahlhelms der Bezirke Solingen und Remscheid sowie die Hitler- und Stahlhelm-Jugend nahm an der Feier teil. In einer Stärke von über 2000 Mann marschierten die Verbände gemeinsam mit den Kriegervereinen zum Walder Stadion, wo zu Füßen des Ehrenmals für die Toten des Weltkrieges eine schlichte Gedenkfeier stattfand. Die Gedenkworte für Devaranne sprach Chefredakteur Caspers. Es sei eine Ehrenpflicht, des fast vergessenen bergischen Helden von 1813 zu gedenken. Der Redner schloß mit einem Siegheil an die Volksgenossen, die bereit seien, dem Beispiel Devarannes zu folgen. Nach dieser Feier marschierten die Verbände zu dem ehemaligen Wohnhaus Devarannes, wo eine bronzene Tafel enthüllt wurde. Im Namen der Stadt Solingen dankte Oberbürgermeister Dr. Otto allen, die zum Gelingen des Werkes beigetragen haben, und versprach, stets dafür zu sorgen, daß die Tafel in würdigem Zustand erhalten bleibe. Er wolle auch dafür Sorge tragen, daß das Andenken an den bergischen Märtyrer in den Schulen weiterlebe. Dr. Otto schloß mit einem Hoch auf das Vaterland und seine Führer. Die Menge sang das Horst-Wessel-Lied. Vor dem Walder Rathaus nahmen dann Oberbürgermeister Dr. Otto, Standartenführer Schönhoff und Stahlhelmführer Rocholl-Remscheid die Parade der uniformierten Verbände ab.

150 000 RM. für Unwetterschäden

Staatshilfe beantragt

Arnsberg. Die Regierung teilt mit: Ein Teil des Amtes Balve, besonders der zwischen dem Asbecktal und Grübecktal gelegene, ist am 21. Juli von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht worden. Teils durch Hagelschlag, teils durch Ueberschwemmung wurde dort die gesamte Ernte völlig vernichtet. Mehrere große und viele kleine Besitzer sind, wenn keine Hilfe kommt, völlig ruiniert. Da dieser Teil außerhalb der Hagelzone liegt, besteht eine Versicherung gegen Hagelschlag, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, nicht. Nach oberflächlicher Schätzung beträgt der Schaden mehr als 100 000 RM. Der Regierungspräsident hat beim preußischen Staatsministerium für Unterstützungszwecke vom Staat Hilfe im Betrage von 150 000 RM. beantragt.

Groß-Razzia nach einem Flüchtling

Wieder fünf Verhaftungen

Minden. Die Flucht des aus dem Rinteler Krankenhaus mit einem schweren Beckenschuß geflohenen Mindener Kommunisten Walter Görnert hält die Einwohnerschaft Mindens, wohin Görnert geflohen ist, in ständiger Aufregung. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß er von Komplizen im Auto von Rinteln nach Minden transportiert worden ist und hier im Bahnhofsviertel Unterschlupf gefunden hat. Um seiner habhaft zu werden, wurden im Bahnhofsviertel 70 Mann Polizei und SA. eingesetzt. Das Versteck, in dem er sich aufgehalten und auch die Kleidung gewechselt hat, war jedoch schon geräumt. Mit besonderer Sorgfalt wurde die Großrazzia in der Bahnhofskaserne durchgeführt, aber auch hier blieb der Erfolg bisher aus. Drei Kommunisten, die im Verdacht stehen, mit Görnert Verbindung aufrechtzuerhalten, wurden festgenommen, ebenso eine Frau aus Minden und eine aus Neesen. Nicht ausgeschlossen scheint es, daß sich Görnert in einer Laubenkolonie im Mindener Bahnhofsgelände aufhält und von Komplizen mit Lebensmitteln und Verbandszeug versorgt wird.

3000 neue Arbeitsplätze

Die Bestrebungen zur Wiederinbetriebnahme der Hütte Ruhrort-Meiderich

Duisburg-Hamborn. Trotz des erst in zwei Wochen zu erwartenden Beschlusses über das endgültige Schicksal der Hütte Ruhrort-Meiderich kann schon jetzt die Wiedereröffnung des Werkes als vollständig gesichert angesehen werden. Eine Subventionierung des Betriebes durch das Reich kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Frage kommen. Die Wiederinbetriebnahme und Ankurbelung wird vielmehr so erfolgen, daß das Reich für eine erhebliche Abnahmequote der Gesamtproduktion garantieren wird. Es wird damit gerechnet, daß für den Anfang zunächst zwei Hochöfen angeblasen werden. 3000 Arbeiter werden für die erste Zeit bestimmt eingestellt werden können.

Wirtschaft im Dienst des Volkes

Dr. Klein über seine Aufgaben als Treuhänder der Arbeit

Solingen. In der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Solingen nahm der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Westfalen, Dr. Klein-Düsseldorf, das Wort zu einer eingehenden Darlegung seiner Aufgaben, die ihm als Treuhänder der Arbeit und Leiter des Instituts für Ständewesen gestellt sind. Als Treuhänder der Arbeit seien ihm große Befugnisse übertragen, die sich nicht in der Tätigkeit der früheren Schlichter erschöpften, sondern darüber hinaus den Arbeitsfrieden zu wahren hätten und damit wichtige verantwortungsvolle wirtschafts- und sozialpolitische Arbeiten aller möglichen Art in sich schlössen. Die Schaffung eines solchen Amtes sei dringend notwendig gewesen.

Hinsichtlich der Belebung der Wirtschaft erscheine die Hervorhebung des Gedankens wesentlich, daß die Wirtschaft im Dienste der Volksgemeinschaft stehen müsse. Hierher gehöre auch die Verwirklichung der natürlichen Lebensordnung im Staat und in der Wirtschaft, die sicherlich nicht darin bestehen könne, daß sich Arbeiter und Unternehmer bekämpften, sondern daß sie zusammenarbeiteten. Das Mittel hierzu sei die berufsständische Ordnung. Insbesondere sei ihre Verwirklichung in der Industrie mit ihrer großen Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit nicht so leicht zu erreichen wie in anderen Wirtschaftszweigen. Notwendig sei vor allem dazu auch das Vorliegen einer inneren Bereitschaft bei den führenden Personen, im Geiste der Gemeinschaft zu wirken und am Aufbau der Wirtschaft mitzuhelfen. Diese Erziehungsarbeit zu leisten, sei das in Düsseldorf jetzt eröffnete Institut für Ständewesen berufen, das u. a. besondere Kurse zur Ausbildung von Wirtschaftsführern aus Unternehmern und Arbeitern eingerichtet habe.

Der Mittelstand und sein Wiederaufstieg durch den Kampfbund

Die Nachkriegsjahre haben auch den Mittelstand in den Schrumpfungsprozeß restlos mit einbezogen, was einen Kapitalschwund zur Folge hatte, sodaß Handel und Gewerbe in der Zusammenfassung als Mitglied anfing sich aufzulösen.

Dazu trat die Steuerschraube u. der Staat scheute sich nicht, die Steuergelder wie im Mittelalter einzutreiben, wobei mit derart drakonischen Maßnahmen vorgegangen wurde, daß Existenzen zu tausenden vernichtet wurden.

Aus allen diesem Elend bildete sich der Bazillus der Unzufriedenheit und durch die andauernde Wirtschaftskrise setzte sich dieser Bazillus im ganzen Volk fest.

Gefördert wurde der Bazillus auch dadurch, daß der Staat von sich aus, es sei hier besonders an Heinrich Brüning erinnert, bewußt darauf hinsteuerte, so und soviel Existenzen zu vernichten, was ihm auch **leider fast zu 100 Prozent geglückt ist.**

> „Hier könnte die frühere Regierung tatsächlich behaupten, mit Erfolg gearbeitet zu haben."

Wenn andere Regierungen den Mittelstand besonders gepflegt haben, weil sie in ihm den Staatserhalter erkannten, so war die letzte Regierung glatt vom Gegenteil überzeugt, wodurch auch der vollständige Zusammenbruch verständlich ist.

Der Jude hatte es fein verstanden, sich der Regierung als Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen und sicherte sich dadurch der 100prozentigen Unterstützung des Staates, um dem Mittelstand und der ganzen Volkswirtschaft den letzten Dolchstoß zu versetzen.

Es sei hier nur an die **Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte** erinnert.

Warum mußte der Arbeiter in diesen Geschäften kaufen?, weil der Staat und sein jüdischer Berater dem Arbeiter nur soviel zu verdienen gaben, daß er in diesen Geschäften seinen Bedarf decken mußte, der jedoch zum größten Teil aus Ramschware, auch Schundware genannt, bestand.

Der Jude bestimmte von sich die Geschäftsmoral der Zeit und hatte es in der Hand, jede Konjunkturschwankung ob Hausse oder Baisse für sich auszunutzen, was er im reichen Maße getan hat.

Der gesamte Waren- und Geldumlauf wurde vom Juden kontrolliert.

> „Der Mittelstand wurde ein Opfer des Staates und der Staat wiederum ein Opfer der Juden."

Hunderte von Millionen hat der Jude vom Staat geschluckt und hatte für den Zerfall Deutschlands nur ein Lächeln; **warum?, weil er das erreicht hatte, was er erreichen wollte, nämlich ein armes unzufriedenes Deutschland.**

Der Grundsatz von Treu und Glauben, der schon seit Jahrhunderten von Jahren im Mittelstand verankert liegt, wurde dem Kaufmann und Handwerker genommen **und der Jude setzte es durch, daß die Geschäfte nur noch jüdisch geführt wurden.**

So kam es dahin, was durch die Novemberlinge kommen mußte, nämlich der vollständige Zusammenbruch Deutschlands.

Der Geschichtsschreiber wird auch diesen Bankrotteuren ein Denkmal setzen müssen, mit der Inschrift:

„Den Bankrotteuren zum Fluch,
Jedem Deutschen zur Warnung."

Wenn die Novemberlinge und ihre saubern Mitarbeiter geglaubt haben, Deutschland weiter in den Abgrund des Verderbens stürzen zu können,

so haben sie nicht mit dem gerechnet, der dem deutschen Volk ein Führer geworden ist, wie die Jahrtausend Geschichte ihn nicht aufzuweisen hat.

Adolf Hitler war es, der mit seinen Getreuen durch die deutschen Lande ging und dabei unaufhörlich trotz größter Bekämpfung und Ausübung schlimmster Terrorakte immer wieder den Mahnruf erschallen ließ:

„Deutschland erwache!"

Und Gott hat es gefügt, daß das am Boden geknebelte deutsche Volk erwacht ist, was dann auch gleichzeitig die Novemberlinge zu einem Erwachen und Schrecken gebracht hat.

Ein neuer Zeitabschnitt hat begonnen. Adolf Hitler gab uns ein neues Deutschland und diesem Deutschland die alte Ehre wieder.

Was der Mittelstand nicht für möglich gehalten, wurde nun Wirklichkeit. Handel und Gewerbe bekamen seine alten Rechte wieder, ja darüber hinaus stellte sich der Führer selbst an die Spitze **und gab dem Mittelstand eine Vorposienstellung durch die Gründung**

„Kampfbund des gew. Mittelstandes".

Kampfbund heißt aber kämpfen um das, was uns unser Führer als Erbe mit seinen Getreuen selbst hat erkämpfen müssen.

Dieses Erbe soll uns allezeit heilig sein und wir wollen unserm Führer geloben, unser Leben jederzeit für die Erhaltung dieses Erbes einzusetzen.

Wenn unser Führer seinem Programm den von seinen Gegnern so oft verlachten Grundsatz als erste Voraussetzung der Selbsterziehung zum Nationalsozialisten als bedingte Grundlage gab,

„Gemeinnutz geht vor Eigennutz"

dann lag darin das richtige Erkennen der Ursache unseres Zusammenbruches. Unser Führer Adolf Hitler **braucht** Mitarbeiter. — Mitarbeiter können wir aber nur dann sein, wenn wir mit dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" zu 100 Prozent verwachsen und uns im Erkennen dieser Tatsache zu einem Nationalsozialisten erziehen und erziehen lassen.

Parteigenossen können alle sein, doch nicht jeder Nationalsozialist — und doch ist es nicht so schwer, wenn wir nur den Mut zur Selbsterziehung haben, wobei Voraussetzung ist, daß wir uns geschlossen hinter den Befehl u. Willen unserer Führung stellen.

Gerade darin hatte der Kampfstand in seiner bisherigen Entwickelung einen großen Versager, weil immer noch Leute, auch Miesmacher genannt, glaubten, ihre Meinung in die Bewegung hinein tragen zu müssen, hierbei vergessend, daß der Kampfbund sich niemals für einen Stand einzusetzen hat, sondern all seine Arbeiten im Interesse des Volksganzen leistet.

Der Kampfbund in der Zusammenfassung des gesamten Mittelstandes hat sich deshalb auch stark befleißigt, endlich das alte Spießbürgertum abzulegen und im Geiste unseres Führers Adolf Hitler mit ganzer Kraft sich der Bewegung zur Verfügung gestellt.

Danken wir unserm Gott, der uns durch unsern Führer eine solche Bewegung des Aufstieges gegeben hat und tun wir im Erkennen dieser nicht wegzuleugnenden Tatsache unsere Pflicht, wie es unser Führer nach seinem eigenen Vorbild von uns verlangen kann, nur dann haben wir einen sicheren Erfolg zu erwarten.

Die große Aufgabe unseres Führers liegt darin, das, was die Novemberlinge in 14 Jahren vernichtet haben, innerhalb 4 Jahren wieder aufzubauen, doch hat er dazu das ganze Volk zur Mitarbeit aufgerufen und dieser Aufruf ist und soll für jeden Deutschen Befehl sein, dem nachzukommen, unsere heiligste Pflicht sein muß.

Wenn unser Führer eine Generalsäuberung des ganzen Staates vorgenommen hat u. hierbei, denn dafür sprechen die Beweise, einen 100prozentigen Erfolg verbuchen konnte, so ist es Aufgabe des Mittelstandes, an die gleiche Arbeit zu gehen. Handel und Gewerbe muß wieder eine Geschäftsmoral bekennen, die auf Treu und Glauben aufgebaut sein muß.

Ordnung und Sauberkeit müssen in den Mittelstand wieder einkehren, doch hängt dieses alles mit dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" zusammen, den auszuleben wir uns jeden Tag mehr bemühen müssen.

Unser Führer wie auch die zu ihm in unerschütterlicher Treue stehende SA ist uns darin ein großes Vorbild, was wiederum den Mittelstand verpflichtet, selbst eine SA seiner Bewegung zu werden.

Heil Hitler!

Gerade an heißen Tagen . .

wird die herrlich erfrischende Wirkung der Chlorodont-Zahnpaste und des hochkonzentrierten Chlorodont-Mundwassers überaus angenehm empfunden. Gepflegte weiße Zähne und reiner Atem sind überall und zu jeder Zeit eine Empfehlung. Chlorodont Tube 50 Pf., große Tube 80 Pf., auch in den kleinsten Orten erhältlich.

Aus Werl und Umgegend

NSDAP-Aufruf!

An sämtliche N. S. K. K.-Mitglieder (Nat.-Sozialistisches Kraftfahr-Korps) der Ortsgruppe Werl.

Durch Verfügung der Bezirksführung B vom 24. Juli 1933 ist angeordnet worden, daß die Korps Unna, Hamm, Werl, Soest u. Langschede am Donnerstag, den 27. Juli ds. Js. an einer Werbefahrt, die in Menden stattfindet, teilzunehmen haben. Gemäß der Verfügung haben sämtliche Fahrzeuge der vorstehenden Korps um 8,15 Uhr abends abfahrtbereit am Eingang von Menden bei der Gasanstalt zu stehen.

Die Werbefahrt ist eine Pflichtfahrt und findet statt, zwecks Gründung des NSKK. der Ortsgruppe Menden.

Das Korps der Ortsgruppe Werl tritt daher pünktlich um 7,30 Uhr abends mit Fahrzeugen auf dem Marktplatz in Werl an. Jedes Fahrzeug trägt an der Glasscheibe am Führersitz ein Transparent mit der Aufschrift NSKK. Werl. Außerdem ist jedes Fahrzeug mit einem Hakenkreuzwimpel zu versehen und nach Möglichkeit haben die Wagen eine Hakenkreuzflagge über dem Kühler anzubringen.

Die Korpsmitglieder haben Uniform zu tragen und falls eine solche nicht vorhanden, hat jedes Korpsmitglied am linken Arm eine Hakenkreuzbinde anzulegen.

Ich weise nochmals ausdrücklich darauf hin, daß sich kein Mitglied von dieser Pflichtfahrt ausschließen darf, es sei denn, daß ganz wichtige und triftige Gründe gegeben sind. Sollte ein Mitglied ohne Entschuldigung nicht pünktlich oder garnicht antreten, so muß das betreffende Mitglied damit vorlieb nehmen, daß die Bezirksführung ihre Konsequenzen daraus ziehen wird, da über die an der Werbefahrt nicht teilgenommenen Korpsmitglieder eine Liste der Bezirksführung eingesandt werden muß. Ebenso müssen Entschuldigungsschreiben, die spätestens bis zum 26. ds. Mts. mittags 12 Uhr eingegangen sein müssen, der Bezirksführung übersandt werden.

Sämtliche Korpsmitglieder werden daher aufgefordert, vorstehende Verfügung ganz besonders zu beachten.

Sieg Heil! **Der Korpswart.**

Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Dinker, 24. Juli. Für die neue Kirchenvertretung in Dinker wurde nur eine Liste aufgestellt, die folgende Namen aufweist: Dinker: Harde, Hustadt, Pieper-Schawvey, Frz. Schlotmann, Dietrich Kuckelmann, Karl Wilms. Elpersen: Dr. Pertz, Baukloh, Niggemann, Bellinghausen: Schwinne, Antepoth, Jürgens, Diedrich Minnerop, ferner Westermann-Hündlingsen, Emil Berkhoff-Berksen, Severmann, Nateln, Karl Bußmann, Frielinghausen, Renfert, Völkinghausen, Eggelnpöhler, Dorfwelver und von Norddinker Karl Bußmann, Vorwig, Ribbert, Pantwig jr., Fritz Huffelmann.

Dinker, 24. Juli. Der Blumentag für die Blinden in Westfalen brachte in Dinker die Summe von 19,55 Mark ein. Mädchen vom Silcherchor und die Hitlerjugend hatten sich in den Dienst der guten Sache bereitwilligst gestellt.

Oestinghausen, 25. Juli. Der Kriegerverein beschloß in seiner letzten Sitzung, das diesjährige Kriegerfest am 20. August beim Vereinswirt Sauerland in althergebrachter Weise zu feiern. Der Verein hatte an den Preußischen Landesverband der Kriegervereine das Gesuch um Wiederaufnahme in den Verband gerichtet. Die Aufnahme ist genehmigt und erfolgt ab 1. Juli 1933. Der Verein ist dem Kreiskriegerverband Soest zugeteilt.

Eickelborn, 24. Juli. **Zusammenstoß.** In der Kurve an der Wirtschaft Wrede stießen zwei Radfahrer, die ohne Licht fuhren, zusammen. Während dem einen das ganze Vorderrad in die Brüche ging, erlitt der andere eine klaffende Wunde am Kopfe!

Geschäftliches

Vernunft der Eitelkeit haben nichts miteinander zu tun. Während die Eitelkeit zu Uebertreibung neigt, gebietet die Vernunft das unbedingt Notwendige und das richtige Maßhalten. Vernünftig ist beispielsweise das tägliche Reinigen der Zähne u. des Mundes mit einer Zahnpaste von höchster Qualität, wie es die beliebte Chlorodont-Zahnpaste ist. Blendend weiße Zähne, die jeder Eitelkeit gerecht werden und reiner, frisch duftender Atem sind der Erfolg.

Wetterbericht

Vorhersage für Mittwoch: Nach vielfach heiterer Nacht tagsüber Bewölkungszunahme und strichweise etwas Regen; vereinzelt Gewitter. Temepraturen wenig verändert. Etwas auffrischende westliche bis südwestliche Winde.

Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Im Bereiche der Ozeanluft stärker wolkig und etwas kühler. Einzelne leichte Regenschauer, z. T. in Verbindung mit Gewitter. Ueberwiegend westliche Winde.

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller und für den Anzeigenteil: Carl Mayne sämtlich in Soest.

Soester Gehöfte.

Von Carl Ludwig Meyer.

— Fortsetzung. —

In der Merschede.

Das Wiesengelände am Kützelbach v. d. jetzigen Burghofstraße bis zur Haarhofsgasse hieß im Mittelalter „an der Merschede", später „in der Schwemme", wohin das Vieh getrieben wurde, als infolge des durch Mühlen aufgestauten Baches dieser ein teichartiges Gewässer bildete. Hier waren außer großen Stadthöfen auch Ackerbürger angesiedelt, welche daneben Lohgerberei betrieben, weshalb der Stadtteil auch „in dem Lohe" hieß.

Pollhofstraße 3 — 9: 1492 H. Ude an der Merschede gegenüber Ottmann Epping; H. Boedecker; Simon Schulte; 1696 abgebrannt; 1706 Neubau von A. Mordian, Chr. Gauwerky, 1782 Rehbein, 1843 vidua Secret, Ostendorf.

Nach der Parcellierung des Gehöfts in drei Grundstücke geteilt, deren heutige Besitzer sind: Löcke, Morgenbrodt, Burges.

Pollhofstraße 19: Pfarrgehöft St. Pauli von 1515 bis zum Brande um 1800, die Stätte verkauft an Stuve, nachdem das Pfarrhaus nach der Haarhofsgasse verlegt war, dann an d. Stadt zur Vergrößung des Kasernenhofes auf dem Pollhof.

Pollhofstraße 4/6: 1843 Gehöft von Weber Rüsche, jetzt Obsthof von J. Voswinkel (Erben Löper).

Pollhofstraße 8/10: 1406 Siegfried v. d. Borg im Engenweg (Bachstiege) bei St. Paul neben dem Plettenberg; 1436 Gerlams v. d. Borch, Stellvertreter der Gemeinheit, 1530 Siegfried v. d. Borg, 1706 Eberhard v. d. Burg, dessen Altbau nach 1888 bezeugt war mit d. Bewohnern Zimball und Hoffmann, 1899 abgebrochen f. d. Neubau von Holtzwart.

Auf der Borg.

von der sagenhaften Burg so benannt, die vermutlich auf dem Plettenberg lag. Die heutige Straßenbezeichnung — früher der größte Teil der Südhöfe — beschränkt sich auf den Weg vom Grandweg bis zum Ulrichertor, der schon im alten Stadtplan von 1785 eingetragen ist. Ehemals fahrbarer Weg zwischen alten Herrenhöfen. jetzt stille Straße zwischen Gehöften von Ackerbürgern.

Borg 5 — 11: Ecke Pollhofstraße bis zum Wall; 1399 Hus det Erndes op der Borch; 1610 H. Gerdes; zur Holte; 1800 Lohgerber Schulenburg × Gotschalk; 1828 Gotschalk × Hülsemann; 1896 Hiltrup; 1890 Schneider.

Borg 12/14: 1706 Ries; 1788 laut Inschrift am Fachwerkhause Rüsse × Maria Diek; 1852 (1772) Buse, noch heute Inhaber des Gehöfts, das trotz des Alters noch wohlerhalten ist.

Borg 16: 1706 W. E. Kniep; Inschrift nach Einheirat v. Drinberg über die Eheschließung: 1732 den 26. Junii D. M. J. D. Steffen Drinberg und Anna Catharina K . . . . . Das Haus 1704 Sterbherrenhaus von St. Pauli nach dem Amt des Eigentümers; 1772 lt. Stadtakten im 7jährigen Kriege abgebrannt und aufgebaut; 1811 Dingenberg; Hülsemann; 1892 Rinke.

Borg 22 — 26: ehemals Zubehör des dahinter an der Haarhofsgasse gelegenen Herrenhofes von Cubach und Möllenhof, später im Besitz der Familie Haarhof, die dort von 1610 bis 1747 hausten; dann im 7jährigen Kriege zerstört, bis Weber Droste 1823 die Stätte der Pauligemeinde behufs Herstellung eines Pfarrgehöfts schenkt. Auf dem Grundstück wohnte auch der Hofesschäfer der Südhofe. Die Behausungen sind gleichfalls nachweisbar wegen der noch erhaltenen, nach den Schäfern benannten „Schäfergasse". Wir haben in der Brüderhofe eine Schäfergasse am Stiefernberg, in der Thomähofe die Schäfergasse am Wall und das Haus Rehbein in der Jakobihofe, wo nach 1706 der Hofesschäfer wohnte.

Borg 38/40: 1519 Steinkuhler vor dem Ulrich nächst d. Sode by d. Wächterei; 1697 Pommer bei d. Buddeley (Büttel, Scharfrichter).

Im Ulrich.

Benannt nach der vor dem Tore abgehaltenen Ulrichsmesse. Die Straße ist die Hauptstraße der Südhofe, später genannt Paulihofe — nach der Pfarrkirche St. Paul, welche auch für die dort gelegenen Siedlungen als Ortsbezeichnung diente, neben der später mehr volkstümlichen Bezeichnung „im Ulrich", a. A Borg, in der Schäfergasse und Swinestraße (Sugestraße) Die Hauptstraße ist die kürzeste Verbindung vom Süderland (Sauerland) über Körbecke, Arnsberg nach dem Südtor der Altstadt. Der ehemals starke Verkehr von Kurköln und Stadt ließ in den letzten Jahrhunderten nach, als Soest eine kleine Ackerstadt war und lagen an der Hauptstraße nur noch ländliche Siedlungen für die Gehöfte der Ackerbürger, während zur Hansazeit stolze Gehöfte an dieser Straße lagen. Die Streusiedlungen veranlaßten starke Krümmungen der Stadtzeile. Der Autoverkehr bewirkt allmählich auch hier eine gradlinige Straßenflucht, womit die regellose Baurichtung verschwindet. Infolge der vielen Brände, besonders im 30jährigen Kriege, sind die vor dem Tore gelegenen Altbauten fast alle verschwunden und machen die Ersatzbauten einen ärmlichen Eindruck.

823a — 2: Ecke Jakobistraße. Scheune Jakobistraße 1; umgebaut zur Wohnung und Geschäft von Pikenbrock; 1898 Tappen, Buchhändler, 1925 Neubau Vorbein.

874,873 — 4,6: 1706 Grotehoven; 1776 Gastwirt und Brenner Rittershausen, 1815 Bäcker Kielhorn, Wirtschaft zur Traube, 1865 Neubau Damm; 1892 Zurmühl; Umbau Stolper.

863 — 8: 1800 Schulz; 1830 Lange; 1850 Thöne; Sprenger; Jäger, 1925 Stolper.

867 — 10: Hermessen (1830); Thomä; Schulenburg; Müller; Wichelmann.

866 — 12: 1830 Rüsse; Overbeck; 1836 Abbruch, Stadt Soest (Jakobistraße 9).

856 — 14: 1764 Heller; 1883 Weiter, Heller.

864 — 16: Sties bei St. Paul kauft Teil des Panak'schen Hauses; der andere Teil 1706 J. Sasse Erben nach Inschrift auf Balken: Anton Sassen und Maria Thöne; 1773 Uhr und Sasse; 1776 H. Sasse und 1830 Hövel, Koch; Schirthom; 1816 vidua F. Sasse und Biermann; 1870 Schmied Rolloff.

639,840 (841) — 18,20,20a: Ecke Isenacker: 3 Parcellen: 1429 Hagedorn, 1610 und 1548 Wulff; 1706 Kreimer, 1813 Schütte und Bonteko; 1838 Gosseke und Kipp; 1859 Glück, Althoff nach Abbruch der 3 Parcellen Neubau Kipp; Born, Metzger; 20,20a von Ww. Winkelmann abgebrochen.

842 — 22: 1530 Wolff neben J. Wulff, 1601 P. Knipping, 1706 Panake und Kallewege, Dahlhoff, Klein; 1811 Schreiner Nottebohm, 1830 Schuster Teigelkamp, Wolff, 1835 vidua J. G. Roßwinkel, 1821 Tochtermann, Semmelmann Erben.

(Fortsetzung folgt).

„Auf Wiederschreiben, Fräulein Hamburg!"

Plauderei mit Maschinen — Der Siegeslauf des Fernschreibers — Wer benutzt den Fernschreiber? — Ein neuer Beruf: Die Fernschreiberin

Im Keller einer Großbankzentrale im Berliner Finanzviertel. In einem großen Raum sitzen sechs Damen vor ihren Schreibmaschinen. Aber nein — das sind keine gewöhnlichen Maschinen: die Kästen sind höher, nur an der Vorderseite offen, und elektrische Kabel schlängeln sich darunter hervor.

Leise treten wir hinter eine der Damen. Merkwürdig — gerade haben wir doch noch das Tippen der Maschine gehört; aber das junge Mädchen hat die Hände müßig im Schoß liegen und blickt nur gespannt auf das Blatt Papier in der Maschine, als erwarte sie, das Ding werde jeden Augenblick von alleine anfangen zu schreiben ...

Als habe die Maschine unsere Gedanken gehört, beginnt sie plötzlich zu tippen. Wahrhaftig, ganz alleine, wie wenn Geisterfinger unsichtbar die Tasten drückten! Das junge Mädchen sitzt ruhig da und liest.

„Hallo Berlin notieren Kauf 10 000 Farben 132¾ Verkauf 8000 Kali bestens . . ."

Die Tasten klappern weiter, Zeile auf Zeile, gelenkt von geheimnisvollen Kräften. „Schluß" erscheint jetzt auf dem Blatt. Nun kommt erst Leben in das junge Mädchen, das bisher regungslos die Arbeit der Maschine verfolgte. Der Bogen wird abgerissen, in eine Rohrposthülse gesteckt und dem zischenden Rohr an der Wand übergeben. Dann wird ein Hebel an der Maschine gedrückt, und die flinken Finger des Mädchens beginnen zu tippen: „Hallo Hamburg — Alles in Ordnung — Aufträge notiert — Schönes Wetter — Was machst Du Wochenend?" — Und sofort tippt die seltsame Maschine alleine weiter: „Fahre nach Helgoland — Auf Wiederschreiben Montag . . ." — „Auf Wiederschreiben Fräulein Hamburg!" antworten die Finger vor uns auf der Tastatur. Dann dreht sich das junge Mädchen um und merkt, daß wir dieses stumme Zwiegespräch mit der Maschine verfolgt haben. „Oh . . .", sagt sie und wird ein bißchen rot vor Verlegenheit, denn „Privatgespräche" sind eigentlich nicht erlaubt . . .

*

Der Raum, in dem wir uns befinden, ist der „Fernschreibersaal" des Bankhauses. Er besteht erst seit wenigen Monaten. Und nicht viel älter ist dieser Beruf der „Fernschreiberin", dem die jungen Damen angehören. Es ist vielleicht der modernste Beruf, und zu seiner Ausübung gehört nicht nur die Routine einer geübten Stenotypistin, sondern auch ein ordentlicher Schuß technischen Verständnisses. Vielfach zieht man deshalb auch Männer dazu heran; sie bewähren sich ausgezeichnet und strafen die Behauptung Lügen, das stärkere Geschlecht eigne sich nicht zur Arbeit an der Tastatur.

Der Abteilungsleiter erklärt uns den Sinn des Vorgangs, den wir gerade beobachtet haben. Jahrzehntelang hat die Technik daran gearbeitet, das Ideal der schriftlichen Nachrichtenübermittlung zu verwirklichen: einen Apparat zu konstruieren, der einen Brief mit der Geschwindigkeit eines Ferngesprächs von Ort zu Ort sendet. Der Morsetelegraph, der Maschinentelegraph — das sind gewissermaßen nur Vorläufer dieser „Fernschreibmaschine"; sie konnten wohl im internen Betrieb der Post Verwendung finden, aber für die breitere Allgemeinheit, als Gebrauchsmaschinen fürs Büro, blieben sie ohne Bedeutung, weil die Zeichen erst „übersetzt" werden müssen und die Bedienung zu kompliziert ist. Das Ziel war also die Konstruktion einer Schreibmaschine, deren Zeichen im gleichen Augenblick, in dem sie geschrieben werden, schon hunderte oder tausende von Kilometern entfernt auf einem Blatt Papier erscheinen. Das Problem des „Gleichlaufs" zwischen Sender und Empfänger war die größte technische Schwierigkeit; dem Genie deutscher Ingenieure ist es gelungen, sie geradezu ideal zu lösen.

Also „los von der Reichspost", los von Fernsprecher und Telegraph? Durchaus nicht; die Reichspost besitzt ja das Monopol der Nachrichtenübermittlung im ganzen Reich. Sie mußte also erst dem Fernschreiber ihren amtlichen Segen erteilen. Daß sie es getan hat, daß sie aus der drohenden „Konkurrenz" einen neuen, gleichberechtigten Bestandteil der Nachrichtenübermittlung gemacht und ihn in ihren Betrieb eingegliedert hat, spricht für ihre Weitsicht und Fortschrittlichkeit.

*

„Ach, die meldet sich wieder gar nicht", klagt unsere „Fernschreiberin" ihrer Nachbarin. „Hallo Leipzig" hat sie getippt, aber der Apparat bleibt stumm. Jetzt erst geht es los: „Hallo Berlin" ... „Da ist heute wieder ein Mann an der Maschine!" meint die Nachbarin, die nicht gut auf die Konkurrenz der männlichen Fernschreiber zu sprechen ist . . . An der Art des Anschlags, an der Schreibgeschwindigkeit, an einem Dutzend für den Laien unmerklichen Kleinigkeiten erkennt man sich sofort wieder, spürt man die Anwesenheit eines „Fremden" an der korrespondierenden Maschine.

Der rein technische Betrieb der Fernschreiber ist heute bis ins kleinste durchdacht und organisiert. Ein Klappenschrank, ähnlich wie der in einer Telephonzentrale, stellt die jeweils gewünschten Verbindungen zwischen den einzelnen an das Netz angeschlossenen Fernschreibern her. Man kann Einzel-„Gespräche" mit einer anderen Maschine führen, man kann aber auch das ganze Netz an eine einzige Maschine anschließen, so daß beliebig viele Fernschreiber im gleichen Augenblick den gleichen Text schreiben. Man kann diesen Nachrichtendienst vollautomatisch gestalten. Ein- und Ausschaltung vollzieht sich dann, ohne daß sich jemand um den Fernschreiber kümmert. Man kann von der Zentrale aus jede beliebige „Station" durch eine Nummernscheibe, genau wie beim Selbstanschlußtelephon, einschalten. Man kann vielleicht schon bald, wenn die technische Entwicklung noch ein Stück fortgeschritten ist, auf dem Kabel, das vom Fernschreiber aus über die Zentrale zum Haupttelegraphenamt und von dort zu jeder Stadt des Reiches und ins Ausland führt, zugleich fernschreiben und telephonieren. Und man kann sogar auf dieses Kabel, das der Reichspost abgemietet werden muß, völlig verzichten — und die Stromstöße, die den Fernschreiber betätigen, wie Rundfunkwellen drahtlos durch die Luft schicken!

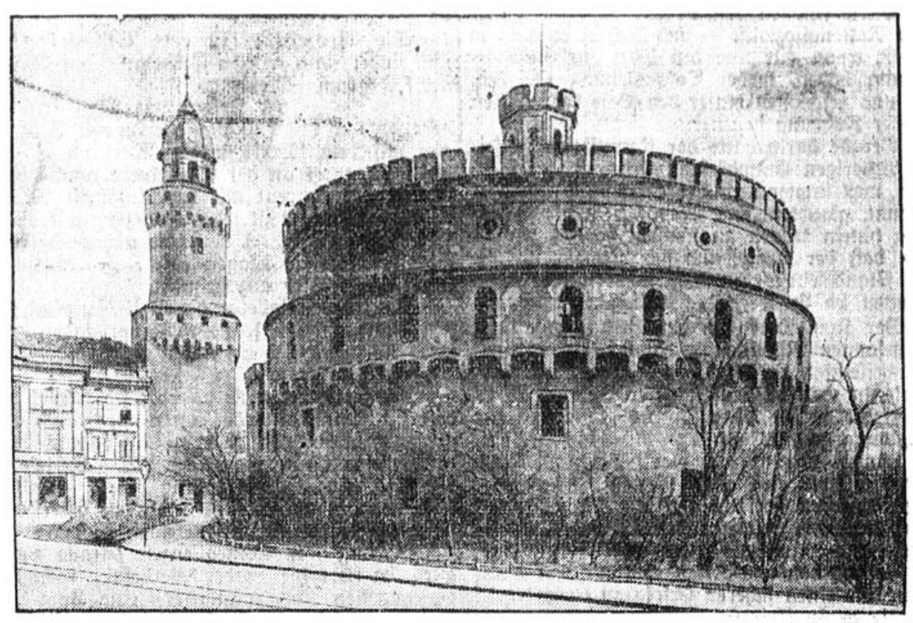
Heute schon gibt es eine Reihe von Wirtschaftszweigen, hunderte von öffentlichen und privaten Betrieben, die nicht mehr ohne Fernschreiber auszukommen vermögen. Das Berliner Polizei-Fernschreibernetz hat 16 Unterzentralen und 250 Apparate; die Polizeipräsidien Stettin, Magdeburg, Gleiwitz, benutzen ebenfalls Fernschreiber. Man findet sie im Betrieb des Bremer Senats, des Karlsruher Innenministeriums, des Berliner Reichswehrministeriums, der Dresdner Feuerwehr, der Berliner Zentrale für Flugsicherung — zur Verbindung mit den deutschen Flughäfen; in der Reichskreditgesellschaft und vielen Großbanken in Berlin, Hamburg, Frankfurt; in großen Zeitungsverlagen, die ihre Nachrichten auf diesem schnellsten und zuverlässigsten Wege druckfertig von den auswärtigen Korrespondenten erhalten, in Warenhäusern, Industriekonzernen, Schiffahrtsgesellschaften, in der Reichsbahnverwaltung und in der Reichspost selbst, die Hunderte von Fernschreibern in Preußen, Württemberg und Bayern aufgestellt hat.

Von besonderer Bedeutung für die Allgemeinheit ist das Fernschreibernetz, das kürzlich von der Reichsrundfunkgesellschaft für sämtliche Sender des Reiches eingerichtet wurde. Der Hörer wird sich oft gefragt haben, wie es möglich ist, daß die täglichen Nachrichten des „Drahtlosen Dienstes" so schnell, genau und zuverlässig zu allen Ansagern gelangen. Der Fernschreiber ermöglicht dieses technische Wunder. Im „Haus des Rundfunks" in Berlin befindet sich eine Zentrale, an die sowohl der „Drahtlose Dienst" wie die Sendegesellschaften in Königsberg, Breslau, Leipzig, München, Stuttgart, Frankfurt a. M., Köln und Hamburg mit kombinierten Empfängern und Sendern angeschlossen sind. Dabei besteht die Möglichkeit, auch lange Texte in ganz kurzer Zeit durchzugeben: durch „automatische Schnellsender". In diese Apparate wird ein Papierstreifen mit ausgestanzten Lochkombinationen eingelegt — einer Art maschineller „Stenographie", in die der gewöhnliche Schriftsatz durch besondere Schreib-Stanzmaschinen verwandelt wurde; legt man einen solchen Streifen in den Schnellsender ein, so erscheint am anderen Ende der Leitung der Text mit einer Geschwindigkeit, wie sie von der Hand der geübtesten Stenotypistin nie erreicht werden kann.

*

Der Fernschreiber, das Werk deutschen Erfindergeistes und deutscher Präzisionsmechanik, hat in den letzten Jahren weite Gebiete des Nachrichtenwesens von Grund auf revolutioniert — eine Revolution, die in der Oeffentlichkeit nicht bemerkt worden ist, wenn wir auch täglich ihre Früchte genießen, ohne es zu wissen. Wenn Deutschlands Nachrichtenwesen, in Krieg und Frieden einer der wichtigsten Faktoren nationaler Organisation, für die ganze Welt vorbildlich ist, so ist dies der unablässigen Arbeit unserer genialen Techniker zu danken.

Michael Bauer.



Der Kaisertrutz in Görlitz, die mächtige Bastei aus dem 15. Jahrhundert

Kopfzerbrechen um den Stammbaum

Von Bismarck stammt der Ausdruck: „Ich würde, wenn viele Familien ihrer Vergangenheit größeres Interesse als bisher zuwenden würden, darin einen erfreulichen Fortschritt im christlichen und nationalen Sinne sehen." Wenn wir ehrlich sein wollen, müssen wir gestehen, daß in den letzten Jahrzehnten im allgemeinen wenig getan worden ist, um diesem Wunsche nachzukommen. Es ist das Verdienst unserer Tage, auch hier Wandel geschaffen zu haben. Für alle, die ein öffentliches Amt bekleiden, wird es ja nun Pflicht werden, sich etwas mit der Geschichte ihres Geschlechts zu beschäftigen; denn heute kann nur der ein öffentliches Amt bekleiden, der arischer Abstammung ist. Auch für den Bauern, der Besitzer eines Erbhofes werden soll, spielt der Nachweis deutscher Abstammung eine Rolle.

Wie aber ist diese Abstammung nachzuweisen? In der „Rundschau für Kommunalbeamte" befaßt sich Walther Frühauf vom Volksbildungsamt mit dieser Frage. Er weist darauf hin, daß ein Nachweis durch den sogenannten Stammbaum nicht zutrifft. Ein Stammbaum ist lediglich die künstlerische Darstellung einer Stammtafel in Form eines Baumes. Eine Stammtafel enthält nur die Nachkommen des ältesten bekannten Vorfahren. Sie weist zwar die Blutbahn der väterlichen Linie nach, nicht aber die von mütterlicher Seite. Wir müssen daher, so schreibt er, wenn wir alles Blut nachweisen wollen, das von zwei Eltern, von vier Großeltern, acht Urgroßeltern auf uns kam, eine Ahnentafel aufstellen.

In der sechsten Generation hat man bekanntlich 32 Vorfahren, in der achten Generation, also vor etwa 250 Jahren, schon deren 128. Für alle diese den arischen Blutnachweis zu erbringen, kann nicht verlangt werden. Die erste Durchführungsverordnung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sieht vielmehr als nicht arischer Herkunft nur den an, der von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Der Beweis für arische Abstammung, im Sinne des Gesetzes, wird also in der Regel geführt werden können durch Vorlegung von Tauf- und Heiratsurkunden der Eltern und Großeltern. Diese Urkunden stellen die Standesämter unentgeltlich aus.

Nun bestehen aber die Standesämter in Preußen erst seit 1874. Für die Zeit vorher sind also die Urkunden nur bei den evangelischen oder katholischen Pfarrämtern (ebenso unentgeltlich) zu haben. Die Geburts- und Hochzeitsdaten muß man den Aemtern natürlich angeben. Von seinen Eltern wird man sie wohl wissen. Wegen der vier Großeltern wird man, wenn die Eltern nicht mehr leben, Verwandte befragen müssen. Manche Daten finden sich auch in der Familienbibel oder in alten Papieren. Schließlich kann auch der Grabstein der Großeltern auf dem heimatlichen Friedhof Auskunft geben. Wessen Großeltern nach 1874 gestorben sind, der wird aus der Sterbeurkunde beim Standesamt das Geburtsdatum (oder wenigstens Geburtsjahr und -Ort) der Großeltern erfahren können.

Man sieht schon aus diesem kurzen Hinweis, wie interessant die Familienforschung ist. Wer mehr ideelles Interesse für seine Vorfahren aufbringt, kann sogar ohne allzu große Mühe die Geschichte seiner Familie bis 1800, bis 1700, ja bis zum Dreißigjährigen Kriege zurück erforschen. Fängt er erst einmal ernstlich damit an, wird ihm diese Beschäftigung so viel Freude bieten, so viel Anregung geben, daß er es sich zur Lebensaufgabe machen wird, einmal seinen Nachkommen eine gedruckte Geschichte seines Geschlechtes übergeben zu können.

„Den Rappen!"

In ihren Erinnerungen erzählt die französische Schriftstellerin Mm. Audouard von einem Besuch, den sie dem Dichter Lamartine abstattete.

Lamartine hatte sich durch verfehlte Spekulationen und eine geradezu tolle Verschwendungssucht in erhebliche Schulden gestürzt. Mehrere National-Subskriptionen und Lotterien wurden für ihn veranstaltet, konnten aber den Ruin nicht aufhalten, da Lamartine seine Lebensführung nicht einschränkte.

Als Frau Audouard den Dichter aufsuchte, wurde sie von seinem Sekretär in einem Büro empfangen, in dem eben eine alte, dürftig gekleidete Frau im Begriffe stand, sich in eine der dort liegenden Subskriptionslisten einzuschreiben. Während sie noch mißtrauisch die Feder untersuchte und ihre Brille putzte, öffnete ein livrierter Diener die Tür zum Nebenzimmer und fragte:

„Welches Pferd befehlen der gnädige Herr heute anzuschirren?"

„Den Rappen," erklang Lamartines Stimme von nebenan.

Die alte Frau horchte auf, legte den Federkiel nieder und fragte den Diener:

„Wie, mein Freund — hat Herr de Lamartine noch Pferde?"

„Zwei, Madame," antwortete der Diener und empfahl sich.

Entschlossen stand die Frau auf, schob die Brille ins Futteral, nahm ihren Korb und schickte sich zum Gehen an.

„Wie, — Sie wollen sich nicht einzeichnen?" fragte bestürzt der Sekretär.

Mit ruhigem Ernst erwiderte ihm die Frau:

„Nein, mein Herr. Es wäre doch von mir ein wenig zu naiv, im Omnibus hierher zu kommen, um mein Geld einem Manne zu bringen, der stolz in eigener Equipage fährt!"

Aus aller Welt

Nach Jo-Jo — Loopooroo

Aus den USA ist eine neue Seuche der Kindischkeit nach den Gestaden Europas unterwegs. Sie stammt aus Texas und rührt nicht nur an unsere spielerischen Instinkte, sondern zugleich an unsere seligen Karl-May-Erinnerungen, nennt sich geheimnisvoll-phonetisch „Loopooroo" (spr. Lupuruh!) und ist nichts anderes als ein kokettes Spiel mit einem kleinen harmlosen — Lasso. Wer hätte noch nicht im Film die kunstvollen Figuren gesehen, die von den kühnen Cowboys mit diesen einfachen Schlingen in der Luft ausgeführt werden? Ihnen gleichzutun, ist jetzt der Ehrgeiz eines jeden Amerikaners, sei er Männlein oder Weiblein, Greis oder Schuljunge, Würdenträger oder Tramp. Und so sieht man denn auf der Straße, im Salon, im Restaurant und — wenn der Boß gerade nicht da ist oder selber Loopooroo übt — im Büro lauter Menschen, die hilflos in einer Schlinge verwickelt sind, Teller und Hüte herunterwerfen, sich gegenseitig beschimpfen oder besserwisserisch belehren — kurz: Loopooroo!

Attentat auf sich selbst

Vor einigen Tagen wurde der 31jährige Schlosser Brunk in Cammin wegen groben Unfugs zu sechs Wochen Haft verurteilt. Er hatte, um sich wichtig zu machen, an seine eigene Adresse ein Paket mit einer „Höllenmaschine" geschickt. Nach dessen Ankunft begab er sich damit direkt auf die Polizei, weil ihm „die Geschichte so komisch vorkäme". Dem diensttuenden Wachtmeister kam die Geschichte auch komisch vor, besonders nachdem beim Oeffnen des Pakets außer einem gewaltigen Knall nichts passierte. Er suchte gar nicht lange nach dem „Attentäter", sondern sagte Brunk auf den Kopf zu, daß er selbst das ganze Theater veranstaltet habe.

Da ein Unglück glücklicherweise nicht passiert war, kam der sensationslüsterne Schlosser mit der eingangs erwähnten Strafe davon.

Selbstmord im Backofen

Ein junges Mädchen in Schlagow (Tschechoslowakei) versuchte seit Jahren, die Liebe eines dortigen Bauernburschen zu erringen. Trotzdem das Mädchen sehr reich, der Bursche aber ein armer Teufel war, ließ sich dieser nicht dazu bringen, ihre heiße Liebe zu erwidern. Als er nun vor einigen Tagen sich mit einem anderen Mädchen verlobte, war die Verschmähte plötzlich spurlos verschwunden. Man suchte sie überall, schließlich fand man ihren fürchterlich verbrannten Leichnam im — Backofen, wo die Unglückliche einen entsetzlichen Tod gesucht und gefunden hatte.

England niest

Nach einer Mitteilung aus englischen Aerztekreisen ist das Inselreich in diesem Jahre von einer Heuschnupfen-Epidemie heimgesucht worden, wie sie bisher noch nirgends beobachtet worden wäre. Während im allgemeinen an dieser tragikomischen Erkrankung (die ausschließlich Angehörigen der weißen Rasse vorbehalten ist) 1—2 Prozent der Bevölkerung zu leiden pflegen, soll in England in diesem Jahre bald jeder Zehnte daran erkrankt sein. Auch als Gentleman zeigt sich der englische Heuschnupfen nicht; denn im Gegensatz zu anderwärts, wo er fast nur Männer zu befallen pflegt, schont er in England weder Männlein noch Weiblein. Zu seiner Bekämpfung hat man auffallend große Mengen deutscher Medikamente eingeführt.

Opfer einer Mutter

Vor einigen Tagen wurde vom ungarischen Kassationshof das Urteil bestätigt, durch welches Magdalena Wester in Becskerek wegen Giftmordes an ihrem Gatten zu lebenslänglichem Kerker verdammt wurde. Am selben Tage fand man die Mutter der Verurteilten erhängt in ihrem Schlafzimmer auf. Auf dem Tisch lag offen ein an das Gericht adressiertes Schreiben, in dem sie sich selbst jenes Mordes bezichtigt und erklärt, daß ihre Tochter keine Ahnung von dieser Untat gehabt habe.

Die zuständigen Stellen haben sofort eine Untersuchung veranlaßt, um festzustellen, ob diese Selbstbeschuldigung, die außerordentlich genaue Angaben über die Einzelheiten der Tat enthält, der Wahrheit entspricht, oder ob sich die Mutter nur für ihr Kind geopfert hat.

Doppelselbstmord in der Badewanne

In New-London haben zwei offenbar sehr reichliche junge Damen gemeinsam in einer Badewanne Selbstmord verübt. Sie legten sich in die geräumige Wanne, banden sich schwere Steine um den Hals und ließen das Wasser rauschen ... Motiv: Liebeskummer.

Das Austauschexportverfahren für Getreide

Im Reichsanzeiger vom 25. Juli wird nunmehr die Ausführungsverordnung zur endgültigen Regelung des **Austauschexportverfahrens für Getreide** veröffentlicht werden. Danach wird die **Ausfuhr von Weizen, Roggen und Hafer, Erzeugnissen daraus** sowie von bestimmten Erzeugnissen **aus Gerste ab 1. August dieses Jahres ermöglicht. Die endgültige Festsetzung des Weizenvermahlungszwanges** steht zwar noch aus, die Mühlen **können** jedoch mit Sicherheit damit rechnen, daß ihnen die Möglichkeit der Vermahlung von **ausländischem** Weizen in einem auch sie befriedigenden Umfange gegeben werden wird. Die Reichsregierung ist sich darüber im klaren, daß ohne eine solche ausreichende Vermahlungsmöglichkeit von Auslandsweizen der für den Weizenmarkt mit dem Austauschverfahren erstrebte Erfolg nicht erreicht werden kann.

Die Verordnung sieht ferner vor, daß **im Rahmen des Austauschverfahrens** der Export von Roggen und Hafer zur Wiedereinfuhr von Gerste oder Mais (dari) berechtigt. Gemäß den Zusagen, die die Reichsregierung vor kurzem über die Pflege des Austauschverfahrens durch Kauf von Austauschscheinen in der Oeffentlichkeit gemacht hat, ist nunmehr auch die Reichsstelle für Getreide, Futtermittel und sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zu entsprechendem Vorgehen ermächtigt worden.

Durch diese Schritte sind die am Getreidemarkt noch herrschenden Unklarheiten über die kommende Entwicklung des neuen Getreidewirtschaftsjahres beseitigt worden. Falls nicht böswillige Kräfte am Werke sind, müssen von nun ab die günstigen Faktoren den Getreidemarkt beherrschen, die von der Regierung geschaffen worden sind und im vorigen Jahr völlig fehlten. Es sind dies:

1. Absperrung jeder zusätzlichen Getreideeinfuhr.
2. Der Preisausgleich zwischen Getreide und Kraftfuttermittel.
3. Der Fortfall aller künstlichen Verbilligungsaktionen für Getreide und
4. nicht zuletzt die Wiedereingliederung von zwei Millionen Menschen in den Arbeitsprozeß seit Uebernahme der Regierung durch Adolf Hitler.

Die neue Uniform der Polizei

Vor einiger Zeit wurde bereits angekündigt, daß der Plan besteht, für **die preußische Polizei eine neue Uniform** einzuführen. Wie das WTB.-Büro meldet, ist eine entsprechende Verordnung in den nächsten Tagen zu erwarten.

Das Grundtuch der neuen Uniform soll **in hellgrün melierter Farbe** gehalten sein, ebenso die Dienstmütze. Die Einfassungen, Vorstöße, Aermelaufschläge und Spiegel bestehen aus hellgrünem Abzeichentuch. Die Stahlhelme der preußischen Schutzpolizeibeamten erhalten künftig einen stumpfen graugrünen Anstrich. Die rechte Seite des Stahlhelms führt ein weißes Hakenkreuz, das schwarz umrandet ist. Auf der linken Seite des Stahlhelms befindet sich in gleicher Größe das Wappen in den Landesfarben schwarz-weiß.

Die Einführung der neuen Uniform ist einstweilen lediglich für die Landespolizeigruppe Wecke z. b. V. beabsichtigt, um zu prüfen, wie sich die neue Uniform bewährt. Für die Einführung bei den anderen Bereitschaften ergehen noch besondere Anweisungen.

Verbot der Versendung von Geldsorten in Postsendungen

Aufhebung der Freigrenze für Auswanderer

Die in letzter Zeit durchgeführte strenge Kontrolle der nach dem Auslande aufgegebenen Postsendungen hat gezeigt, daß auf diesem Wege versucht worden ist, erhebliche Beträge ins Ausland zu verschieben. Um solchen Versuchen wirksam entgegenzutreten, ist nunmehr durch eine fünfte Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung die Bestimmung getroffen worden, daß **grundsätzlich jede Versendung von Geldsorten** (Münzgeld, Papiergeld, Banknoten und dergl.) **sowie von Gold und Edelmetallen in Postsendungen aller Art verboten** ist. Zuwiderhandlungen haben außer hohen Strafen auch die Einziehung der Werte zur Folge.

Ausgenommen von dem Verbot der Versendung von Geldsorten in Postsendungen sind grundsätzlich nur versiegelte Sendungen mit Wertangabe. Bei der Auflieferung solcher Wertsendungen haben die Auflieferer wie bisher die Erklärung abzugeben, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe Zahlungsmittel (also außer Geldsorten auch Wechsel, Schecks usw.) oder Wertpapiere in den Sendungen enthalten sind.

Die Versendung von Geldsorten ist ferner auch in eingeschriebenen Postsendungen zulässig, wenn die Sendungen zollamtlich geschlossen sind.

Die Bestimmungen der Devisenverordnung, wonach zur Versendung von Zahlungsmitteln und Wertpapieren die Genehmigung einer Devisenbewirtschaftungsstelle erforderlich ist, bleiben in allen diesen Fällen unberührt.

Durch eine weitere Bestimmung der fünften Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung ist die **Freigrenze** zur Verfügung über Forderungen solcher Personen aufgehoben worden, die nach dem 3. August 1931 aus Deutschland **ausgewandert** und daher Ausländer im Sinne der Devisenverordnung geworden sind. Diese Vorschrift hat sich als notwendig erwiesen, weil zahlreiche aus Deutschland ausgewanderte Personen versucht haben, durch monatliche Ueberweisung von 200 RM. ihre im Inlande verbliebenen Guthaben allmählich ins Ausland zu verbringen. Diese Erscheinung war aber mit der gegenwärtigen Devisenlage nicht mehr vereinbar.

Die Reichsautobahnen

Generalinspektor Dr. Todt entwickelt sein Programm

Gelegentlich eines Presseempfangs entwickelte der vom Reichskanzler ernannte Generalinspektor des deutschen Straßenwesens, **Dr. ing. Todt**, sein Programm.

Eingangs betonte er, daß er deswegen erst so spät zur Presse spreche, weil er die erste Zeit nach seiner Ernennung dafür verwendet habe, den Bau des ersten Teilstückes der deutschen Reichsautobahnen Frankfurt-Main — Heidelberg — Mannheim möglichst rasch in Gang zu bringen. Dr. ing. Todt führte weiter aus: Der kommende Winter wird Zeit lassen, durch

ein einheitliches Reichswegegesetz

die organisatorische Form des künftigen Straßenwesens zu schaffen.

Generalinspektor Todt ging dann darauf ein,

warum die Nur-Auto-Bahnen

geschaffen **werden** sollen. Das Auto werde sich die Straße **schaffen**, die es nach seiner technischen Entwicklung brauche. Was wir bauen, sagte er, muß

für Generationen

geschaffen sein. Das ist der Kerngedanke der großen Idee des Reichskanzlers Adolf Hitler über die Reichsautobahnen. Zunächst werden

5000 Kilometer in Angriff

genommen. Die Bauzeit wird sich auf eine längere Reihe von Jahren ausdehnen.

Neben dieser Aufgabe — so erklärte Generalinspektor Dr. Todt weiter — erstreckt sich mein Wirkungskreis auf

das Gebiet des allgemeinen Straßenbaues.

Hier ist zuerst meine Aufgabe die Vereinheitlichung der Organisation. Bekanntlich haben wir vielerlei Wegepflichtige, jeder kann tun, was er will. Das Endziel ist jedoch nicht etwa die Bereichlichung des Straßennetzes. Die Straße ist dazu nicht geeignet. Die Bau- und Verkehrsverhältnisse sind überall verschieden;

die Straße ist bodenständig und soll bodenständig mit der Provinz verbunden bleiben.

Aber in jeder einzelnen **Provinz dürfen nicht** Hunderte von verschiedenen Wegeunterhaltspflichtigen vorhanden sein, sondern die Leitung muß in einer Hand liegen. Das wird eine Art Landesbauinspekteur sein, der innerhalb seines Gebietes verantwortlich ist.

Die Wegebenutzer, also die Allgemeinheit, müssen wegeunterhaltspflichtig werden.

Dann kommen wir aus der ewigen Not mit der Aufbringung der Kosten heraus.

Auf 1000 Kilometer

der Reichsautostraßen kann man etwa

250 000 Arbeiter beschäftigen,

und zwar nur an der Baustelle allein. Diese Arbeitsmöglichkeit besteht serienmäßig eine Reihe von Jahren hindurch. Die indirekte Beschäftigung in den beteiligten Industrien drückt sich auch größtenteils in Löhnen aus, ebenso wie das für den Bau der Reichsautobahnen benötigte Kapital zu 70 Prozent der Löhne wieder ausgegeben wird.

Zur Finanzierung

teilte der Generalinspektor mit, daß das Geld von der Reichsbahn zunächst in Form eines Darlehens gegeben worden sei. Finanzierungsmöglichkeiten seien in großem Maße vorhanden. Es hätten sich bereits Finanzkreise gemeldet, die sich gern daran beteiligen wollten.

Versailles muß fallen!

Mutiges Bekenntnis eines Engländers

Das ehemalige britische Mitglied der oberschlesischen Abstimmungskommission, **Oberstleutnant Graham Seton Hutchison**, veröffentlicht in der „Deutschen Zeitung von Mexiko" unter der Ueberschrift **„Versailles muß fallen!"** einen Artikel, der sich in erfreulicher Offenheit mit dieser nicht nur für Deutschland, sondern für die Wiedergesundung Europas so wichtigen Frage. In dem Artikel schreibt Oberstleutnant Hutchison, nachdem er sich als ausgezeichneter Kenner Deutschlands vorgestellt hat, u. a.:

Während wir Frontsoldaten versucht haben, die englisch-deutsche Brüderschaft neu zu knüpfen, hat eine seelenzerstörende, heimtückische, listig ersonnene Lügenhetze versucht, die deutsch-englischen Gefühle der Freundschaft wieder zu zerstören und aufs neue Feindschaft zu stiften.

Der rachsüchtige Vertrag von Versailles war ein harter Schlag für unsere in den Schützengräben erträumten Hoffnungen.

Man sollte doch endlich dem großen deutschen Volke das Recht einräumen, sein Geschick nach eigenem Befinden zu regeln, selbst wenn die Gefahr besteht, daß die Hetzer, von denen uns Gott befreien möge, einen noch größeren Lärm verursachen. Kein Mensch, der auch nur wenig Kenntnis von der Hitler-Bewegung hat, kann sie als kriegslüstern ansprechen. Die Ziele Hitlers sind in erster Linie deutsches Leben und deutsche Gesittung.

In Frankreich aber dauert die sprungbereite Kriegsgefahr mit sieben Häuptern, wie schon seit Jahrhunderten, lange bevor Deutschland ein geeintes Reich war.

Sollen wir heute annehmen, unsere Hochziele seien mit unseren Gefallenen begraben worden? Noch gibt es ehrliche Männer in England.

Ich habe den eisernen Willen, die Wahrheit auszusprechen und die Marktschreier, die Verführer, die politischen Kuppler bloßzustellen. Ich habe den Willen, alle bloßzustellen, die aus wahrheitsliebenden Männern Sklaven und Käuflinge machen wollen.

Ich liebe meine deutschen Freunde um ihrer Schwäche willen so gut wie wegen ihrer Stärke. Ich liebe sie nicht zum geringsten Teile, weil ich ihre Wunden mildern konnte. Ich liebe Deutschland, weil es die Kraft in sich entdeckt hat, aus der heraus die Wunden der Welt geheilt werden können.

Versailles muß fallen!

„Ring nationalsozialistischer Bauernhochschulen"

Wie die Pressestelle des Stabsamtes des Reichsbauernführers mitteilt, traten dieser Tage in Berlin eine große Zahl Leiter und Bevollmächtigte deutscher Bauernhochschulen zu einer Tagung zusammen, um sich über den Zusammenschluß der im Reiche bestehenden nationalsozialistischen Bauernhochschulen unter Führung des Reichsbauernstandes zu verständigen. Zwölf Leiter nationalsozialistischer deutscher Bauernhochschulen erklärten sofort ihren Beitritt zu dem Verein, der unter dem Namen „Ring nationalsozialistischer Bauernhochschulen" gegründet wurde. Eine weitere Anzahl Leiter nationalsozialistischer Bauernhochschulen stellte ihren Beitritt für die nächste Zeit in Aussicht.

Instandsetzungsarbeiten auch an historischen Baulichkeiten

Der neueste Erlaß des Reichsarbeitsministers über die Durchführung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bringt neue Erläuterungen über den Begriff der **Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden, die aus öffentlichen Mitteln** gefördert werden sollen.

Wie das WTB.-Büro meldet, gelten danach als Bauten, deren Instandsetzung und Ergänzung gefördert werden kann, die Verwaltungsgebäude, Wohngebäude, Brücken und andere Baulichkeiten, die sich im Eigentum der Gemeinden usw. befinden. Dazu gehören insbesondere auch Schulen, vor allem wenn hier im Zusammenhang mit neuen Siedlungen Ergänzungsarbeiten erforderlich werden, Kirchen und Krankenhäuser. Auch die Instandsetzung und Ergänzung von Bauten mit besonderem geschichtlichen oder künstlerischen Wert kann in diesem Rahmen gefördert werden. Die Förderung soll sich hauptsächlich auf größere Arbeiten erstrecken, von denen eine fühlbare Auswirkung auf den Arbeitsmarkt zu erwarten ist. Wenn Instandsetzungen unwirtschaftlich oder technisch unmöglich sind, können an ihrer Stelle ausnahmsweise Umbauten gefördert werden. Eine Beteiligung der Träger der Arbeiten an den Kosten ist nachdrücklich anzustreben. Arbeiten, bei denen der Träger einen Teil der Kosten aufbringt, werden bevorzugt behandelt. Grundsätzlich werden nur Kredite von 20 000 RM. und darüber bewilligt. Jedoch können mehrere Einzelmaßnahmen, von denen jede für sich unter diesem Betrag bleibt, zu einem Antrag zusammengefaßt werden.

Zusammenschluß des Kreditanstaltenverbandes mit dem Deutschen Sparkassenverband

Nachdem der bisherige Vorsitzende des Verbandes Deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten e. V. sein Amt niedergelegt hat, wird ein Nachfolger nicht mehr gewählt werden. Statt dessen wird der seit langem geplante und notwendige Zusammenschluß des Verbandes Deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten e. V. mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband vollzogen werden. Es wird ein Präsidium gebildet werden, das den Zusammenschluß beider Verbände vorbereiten und vollziehen soll.

In diesem Präsidium werden vertreten sein die Bevollmächtigten beider Verbände, Geh. Rat Dr. Kleiner vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband, und Generaldirektor Dr. Huck, der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes Deutscher öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten e. V., neben diesen Dr. Max Wein, Sonderbeauftragter des Reichswirtschaftsministers für Sparkassenfragen, ein Fachreferent des Reichsministers Darre, sowie Dr. Artur R. Herrmann, der Fachreferent des Staatssekretärs Feder.

Dr. Wein und Dr. Herrmann zählen zu den ältesten Mitgliedern der NSDAP.

44 Menschen hat er das Leben gerettet



Fritz Hofrichter aus Frankenthal, ein Träger der Rettungsmedaille, hat in diesen Tagen zum 44. Male einen Mitmenschen dem nassen Element entrissen. Mit dieser gewaltigen Serie schöner Taten der Nächstenliebe dürfte er wohl den internationalen Lebensretter-Rekord halten.

Chinas Finanzminister in Deutschland

Essen beim chinesischen Gesandten in Berlin

Der chinesische Gesandte **Exzellenz Liou von Tao** gab zu Ehren des in Berlin weilenden chinesischen Finanzministers F. H. Soong im Hotel Adlon ein Diner, an dem außer den Herren seines Gefolges, des chinesischen Gesandten in Bern Hoo, des Generalkonsuls Yang und des Herrn Bankier Pei noch folgende Herren teilnahmen: Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Bülow, Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Feder, der Chef der Heeresleitung Freiherr von Hammerstein-Equord, die Ministerialdirektoren Ritter und Meyer und andere.

Der chinesische Gesandte begrüßte den Ehrengast und seine deutschen Gäste und hob hervor, daß er von dem Besuche des chinesischen Finanzministers eine baldige Verwirklichung der schon lange geplanten engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland erhoffe.

Auf die Rede, die in ein Hoch auf Deutschland ausklang, erwiderte **Staatssekretär von Bülow.** Auch er teilte die Erwartung, daß der Besuch des chinesischen Herrn Vizekanzlers, der als Reorganisator der chinesischen Wirtschaft sich einen großen Namen erworben habe und einer der erfolgreichsten Finanzminister der Welt sei, dazu beitragen werde, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und China aus dem Stadium der Erwägungen nunmehr bald in das der Erfüllung eintreten werde. Er trank auf das Wohl des Finanzministers und der chinesischen Republik.

In Hamburg

Der chinesische Finanzminister und Vizekanzler Soong traf am Dienstagvormittag um 10.25 Uhr aus Berlin in Hamburg ein. In der Begleitung des Ministers, der einer Einladung des Ostasiatischen Vereins nach Hamburg folgte, befanden sich die chinesischen Gesandten in London und in der Schweiz, der chinesische Generalkonsul in London, der Direktor der Bank von China in Schanghai. Die Gäste unternahmen zunächst eine Besichtigung des Hafens.

An dem zu Ehren Soongs und der übrigen chinesischen Gäste vom Ostasiatischen Verein veranstalteten **Frühstück** nahmen als Vertreter des Hamburger Senats Bürgermeister Dr. Burchard-Motz und Staatssekretär Ahrens teil. Ferner waren anwesend der Präsident der Bürgerschaft, Vertreter des Reiches und der Behörden, der Präsident der Handelskammer, Vertreter der Schiffahrt und zahlreiche andere Gäste.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ostasiatischen Vereins, **Dr. Nolle,** begrüßte in einer Ansprache den Gast, wobei er auf die besondere Verbundenheit der Hansestädte Hamburg und Bremen mit Ostasien hinwies. Die Grüße des Hamburger Senats überbrachte **Bürgermeister Dr. Burchard-Motz,** der dabei auch dem Bedauern des Reichsstatthalters Ausdruck gab, wegen Abwesenheit von Hamburg an der Veranstaltung nicht teilnehmen zu können. Kurz nach 15 Uhr verließ Minister Soong Hamburg mit dem Auto, um sich

nach Friedrichsruh

zu begeben, wo er dem Mausoleum einen Besuch abstattete und einen Kranz niederlegte. Der chinesische Minister kehrt nach Berlin zurück.

Die Zuständigkeit für Aufgaben des Ausstellungs- und Messewesens

Amtlich wird mitgeteilt: Gegenüber unzutreffenden und irreführenden Pressemeldungen wird festgestellt, daß laut Verordnung des Herrn Reichskanzlers vom 30. Juni 1933 **alle Aufgaben der Wirtschaftswerbung in der Hand des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda** liegen, die im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsernährungsministerium durchgeführt werden. Zu diesen Aufgaben gehört **auch das Ausstellungs- und Messewesen.** Die zentrale Organisation und Verwaltung dieser Aufgaben liegt allein bei dem zuständigen Reichsministerium. Dieses hat keinerlei Auftrag an private Organisationen oder Parteistellen zur Durchführung der oben bezeichneten Aufgaben auf dem Gebiete der Wirtschaftspropaganda oder des Ausstellungs- und Messewesens erteilt.

[redacted]

Für die Errichtung vorstädtischer Kleinsiedlungen suchen wir ein geeignetes Grundstück möglichst in Größe von ca. 20 Morgen. Kaufangebote mit näheren Angaben über Lage und Preis umgehend erbeten.

Magistrat Soest.

[redacted]



Bekanntmachung

Der Kreisarzt, Herr Medizinalrat Dr. Bekker, Soest, ist für die Zeit vom 31. Juli 1933 bis 5. August 1933 beurlaubt. Mit der Vertretung ist der Kreisarzt des Kreises Lippstadt, Herr Med.-Ass. Dr. Lehmkuhl in Lippstadt, beauftragt. Die Sprechstunden des Kreisarztes in Lippstadt sind Montags, Mittwochs u. Freitags von 16—18 Uhr im Kreishause in Lippstadt.

Soest, den 22. Juli 1933.

Der Landrat.

B. Göbel

Brüderstr. 40
Ruf 278.

Sie finden bei mir ein großes Lager modernster

Herrenbekleidungsstoffe

aller Art.

Reine Kammgarnstoffe,
mtr. schon von **11,25** Mk. an

Fertige Slipon,
beste Ware **49.—** Mk.

Spezialanfertigung feinster Herren-Garderobe nach Maß

Zwangsversteigerung

Donnerstag, den 27. Juli, versteigere ich um 1[illegible] Uhr in Delecke in der Gastwirtschaft Wie[illegible]: 1 Waschkommode
und um 16 Uhr in Brüningsen in der Gastwirtschaft Bierleuker:
1 Credenz
öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Elliger, Obergerichtsvollzieher.

Nationalsozialistisch. Deutsche Kriegsopferversorgung Ortsgruppe Soest

Zur Beerdigung unseres Kameraden

Dietrich Heinrichs

versammeln sich die Mitglied. am Mittwoch, den 26. 7. 2,45 Uhr am Städt. Krankenhause.

Ortsgruppenobmann Fromme.

Wasserfreunde.

Heute abend 9 Uhr

Versammlung.

Getränke

die jetzt

erfrischen

Citronenmost
⅛ Ltr. Fl. 65 Pfg.
Reisefl. 50 Pfg.

Orangeade
¼ Ltr. Fl. 1.-
Reisefl. 55 Pfg.

Himbeersaft
lose Pfd. 50 Pfg.
¾ Ltr. Fl. 1.-
2/10 Ltr. Fl. 55 Pfg.

. . . und zum Nachtisch

Pudding

Götterspeise
Erdbeer, Himbeer Kirsch, Ananas, Johannisbeer, Citrone u. Waldmeister-Geschmack
½ Pfd. nur 50 Pfg.

Rote Grütze
½ Pfd. 25 Pfg.

Vanille
Puddingpulver
½ Pfd. 36 Pfg.

Schokoladen-
Puddingpulver
½ Pfd 25 Pfg.

dazu noch
5 Prozent Rückvergütung

HEM

Soest
Sassendorf

Kleine Anzeigen — großer Erfolg!

In meinem

Saison-Schlußverkauf

sollen auch die letzten noch vorrätigen

Sommer-Kleider und -Mäntel

noch geräumt werden.

Die Preise sind nochmals herabgesetzt.

Greifen Sie jetzt zu.

Wilh. Müller jr.

Schöne, warme Tage haben wir gehabt — ein Wetter, daß die Hühneraugen sprossen, und einem die Füße schmerzten! —

Jawohl, man **muß** etwas für seine Füße tun — —:

Benutzen Sie zu Ihrer Zufriedenheit die bewährte

„Burgit-Fußpflege";

ich berate Sie durchaus kostenlos!

Hans Hurlbrink, Soest/Westf., Grandweg 11.

ADLER STANDARD 6
Limousine 10/45 PS

überholt, neu lackiert, in fast neuwertigem Zustand, zum Preise von

RM. 1650,-

zu verkaufen.

Offerten unt. Nr. 3648 an die Geschst. dieses Bl.

Für einen auswärtigen, ledigen **Mechaniker** suchen wir per sofort

Unterkunft

mit voller Verpflegung, für längere Zeit, evtl. dauernd.

Angebote bitten wir zu senden an:

Otto Steffen, Kl. Helle 1.

Subin.

Subin ist ein gutes **Mittel** für **Schweine**, gegen **Lahmheit, Steifheit, Knochenweiche** u. zur **Anregung** der **Freßlust.** Zu haben in Apotheken und Drogerien.



Heute wieder
frische
Seefische
stramm in Eis verpackt
Fettbücklinge
Pfd. nur 30 Pfg.
5 Prozent Rückvergütung

HEM

Soest
Sassendorf.

Lehrling und Lehrmädchen

von Manufakturwarengeschäft sof gesucht.

Angebote unter Nr. 3650 an die Geschst. d. Bl.

Suche für sofort jüngeren

Mann

als Lagerarbeiter

im Getreidegeschäft.

Schriftliche Meldungen durch die Geschäftsst. dieser Zeitung unter Nr. 3652.



Die neue Fruchtpresse

entsaftet Johannisbeeren, Stachelbeeren und anderes in wenigen Minuten. Für die Saft- und Wein-Bereitung spart sie sehr viel Arbeit. Diese u. auch noch andere Fruchtpressen bekommen Sie bei

Oberwinter

hinterm Rathaus.

Heute

neue deutsche Vollheringe

eine wirkliche Delikatesse

Stck. 10 Pfg.

neue Fettheringe

3 Stck. nur 18 Pfg.

neue Matjesheringe

Stck. 10 Pfg.

ferner feinste

deutsche Vollheringe

Pfd. 35 Pfg.

mit 5 Proz. Rabatt

Curt Stolper, Soest

und Filialen.

Deutsche
Frühkartoffeln
sind jetzt **sehr billig.**

Sack nur 2,90
10 Pfund 34 Pfg.

Wir erhielten heute wieder größere Mengen **frisches**

Obst u. Gemüse

Zum Einmachen
Pfirsiche
10 Pfd. 2,55
5 Pfd. 1,35
Kleine Gurken
Perl-Zwiebeln

Auch auf Obst u. Gemüse
5 Prozent Rückvergütung

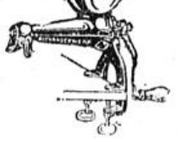
HEM

Soest
Sassendorf

Flüssiges Obst

ist ein herrlich mundendes Getränk, ein Genuß für Ihre ganze Familie in gesunden und kranken Tagen. Der wertvolle Fruchtzucker, die lebenswichtigen Aufbaustoffe, die Vitamine, die alle dem menschlichen Organismus sehr zuträglich sind, bleiben vollwertig erhalten.

Saftgewinner



Fruchtpressen und Fruchtsaftbeutel, Korbflaschen, Gärröhrchen. Sämtliche Einkochartikel!

FRANZ KERSTIN

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter sagen wir allen unsern

innigsten Dank.

Familien Wulfert, Welkner und Tigges.

Meine Firma ist als
„Verkaufsstelle zur Entgegennahme von Bedarfsdeckungsscheinen für Ehestandsdarlehen"
zugelassen.

Louis Lindenstruth
Herde, Oefen, Haus- und Küchengeräte.

Gute Möbel

sehr preiswürdig bei

Ferdinand Schnettler
Möbelhandlung und Schreinerei Soest
Osthofenstr. 6 Kl. Osthofe 12
Verkaufsstelle zur Entgegennahme von Bedarfsdeckungsscheinen für **Ehestandsdarlehen.**

Dachpappe, Carbolineum, Teere
Paul Piel, Soest W.,
Telefon 165 Grandweg 67
Sämtliche technischen Öle und Fette.

W. Hugershoff,
Elektro-Mechanische Werkstätten,
Soest (Westf.),
Fernruf 177. Thomästraße 2/4.

Bosch-, Licht und Anlasser-Anlagen, oft. Varta Dienst. Spezial-Reparaturwerkstatt für Zündapparate. / Licht- und Anlasseranlagen aller Systeme. / Akkumulatoren-Groß-Ladestation. Verkauf von Reparatur. / Eigene Ankerwickelei



Aus Westdeutschland

6 Todesurteile im Kölner Mordprozeß

Das Kölner Schwurgericht verurteilte am Samstagabend in dem Mordprozeß wegen der Erschießung der SA-Männer Winterberg und Spangenberg

den Angeklagten Hamacher wegen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und wegen Mordversuchs zu 15 Jahren Zuchthaus;

den Angeklagten Otto Waeser wegen Mordes zum Tode, dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und wegen Mordversuchs zu zehn Jahren Zuchthaus;

den Angeklagten Willms wegen Mordes zum Tode, zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und wegen Mordversuchs zu 15 Jahren Zuchthaus;

den Angeklagten Horsch wegen Mordes zum Tode, zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und wegen Mordversuchs zu zehn Jahren Zuchthaus;

den Angeklagten Moritz wegen Mordes zum Tode, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und wegen Mordversuchs zu zehn Jahren Zuchthaus;

den Angeklagten Nieswand wegen Totschlagsversuchs zusammen zu 15 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 15 Jahren;

den Angeklagten Mundorf wegen Beihilfe zum Mord und wegen Mordversuchs zu 15 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren;

den Angeklagten Engel wegen Anstiftung zum Mord in zwei Fällen zweimal zum Tode und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit;

den Angeklagten Haase wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

In der

Urteilsbegründung

sagte Landgerichtsdirektor Trümper, schuldig des Mordes seien fünf Angeklagte und zwar Hamacher, Waeser, Willms, Horsch und Moritz. Bei Engel habe das Gericht Anstiftung angenommen. Von vornherein seien die Angeklagten nicht zum Mord bereit gewesen. Sie seien etwa mit einem Pulverfaß zu vergleichen, in das Engel mit dem Befehl den Funken hineingelegt habe. Bei Mundorf habe das Gericht die Mittäterschaft verneinen müssen. Horsch, Moritz und Nieswand hätten von der Anwesenheit Mundorfs im Stavenhof nichts gewußt. Für Mundorf komme nur Beihilfe in Frage. Bei Nieswand sei das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen, daß er sich erst später den anderen zugesellt habe. Er habe lediglich gefeuert, als das Kommando dazu kam. Danach scheide die Frage der Ueberlegung aus.

Was sagten die Verteidiger?

Rechtsanwalt Schwengers setzte sich für den Hauptangeklagten Hamacher ein und vertrat die Auffassung, daß der Angeklagte wohl mit Vorsatz, aber ohne Ueberlegung gehandelt habe und nur wegen Totschlags zu bestrafen sei. Derselben Meinung waren die Rechtsanwälte Theißen, Jäger und Hüppler für die Angeklagten Otto Waeser, Horsch und Moritz. Rechtsanwalt Dr. Steiner, der den Angeklagten Willms vertrat, bemühte sich, das Gericht davon zu überzeugen, daß dieser Angeklagte nur als Gehilfe in Frage komme. Der Angeklagte habe nicht geschossen und sich eine Pistole genommen, deren Ladehemmung ihm bekannt gewesen sei. Rein äußerlich habe er die Rolle des Mittäters gespielt weil er sonst als Verräter gegolten hätte. Rechtsanwalt Dr. Achter forderte für Nieswand einen Freispruch, weil ihm eine Beteiligung an der Schießerei auf dem Eigelstein nicht mit Sicherheit nachgewiesen werden könne. Rechtsanwalt Dr. Dieterich 2 bestritt bei Mundorf eine Mittäterschaft. Der Angeklagte könne höchstens als Gehilfe bestraft werden und auch nur dann, wenn er alle Umstände der Tat in ihren Einzelheiten voraussehen konnte, also eine wissentliche Beihilfe geleistet habe. Justizrat Schrammen bezweifelte das Vorliegen einer Anstiftung bei Josef Engels, der nur als mißbrauchter Sprecher der höheren Leitung den Befehl verlesen habe, — wenn das schon unterstellt werde. Im übrigen vertrete die ganze Literatur der Rechtsprechung die Auffassung, daß ein zur Tat Entschlossener nicht angestiftet werden könne. Dieser Fall treffe aber hier zu. Seit Wochen sei die Tat vorbereitet gewesen, und jedes Mitglied des Rotfrontkämpferbundes habe gewußt, daß ein Zusammenstoß mit den Nationalsozialisten bevorstehe und sei dazu bereit und entschlossen gewesen. Mithin sei der Befehl nichts anderes gewesen als eine Kundgebung darüber, daß auch die höhere Leitung der Kommunistischen Partei mit den bereits gefaßten Entschlüssen einverstanden war.

Die letzten Stunden vor dem Urteil

Am Samstag vernahm das Schwurgericht im Prozeß gegen Hamacher und Genossen noch zwei Zeugen. Der erste Zeuge sagte, er habe am Tattage um ½10 Uhr Nieswand in Begleitung von Hamacher, Willms, Horsch und Moritz vor der Wirtschaft auf dem Gereonswall gesehen. Der Untersuchungsrichter bekundete, von Mundorf zuerst [illegible] Mundorf habe nur von einem Arthur gesprochen. Weiter hätten Willms, Horsch und Moritz erklärt, Nieswand habe sich an der Schießerei auf dem Eigelstein beteiligt. Dieser habe jedoch bei seiner Vernehmung alles abgestritten. Winterberg sei mit einer Kugel erschossen worden, die aus einem 7,65 mm. Revolver abgegeben worden sei. Moritz, Willms und Horsch hätten auch gesagt, einen solchen Revolver habe Nieswand besessen. Zu dieser Aussage erklärte Nieswand, er habe doch einen Auslandspaß gehabt und sei gewiß nicht so töricht, sich selbst der Polizei zu stellen, wenn er ein schlechtes Gewissen habe. Er habe sich selbst gestellt, weil der Name Arthur in den Zeitungen stand. Das beweise doch klar sein reines Gewissen.

Erster Staatsanwalt Thissen ergriff dann das Wort zu einer kurzen Replik. Die strittigste Frage des Augenblicks sei die, ob Nieswand als Mittäter zu bestrafen sei. Dem Richter sei die absolute Wahrheitsfindung verschlossen. Aber das Reichsgericht sei der Auffassung, wenn sich die Beweise zu einem so hohen Grade von Wahrscheinlichkeit verdichtet hätten, daß sie der Wahrheit nahe seien, reichten sie aus. In diesem Sinne lege er die Findung eines gerechten Urteils vertrauensvoll in die Hände des Schwurgerichtes.

Als Vertreter des Nebenklägers Kessing trat Rechtsanwalt Bartels noch einmal dafür ein, Mundorf wegen Mittäterschaft und Engel wegen Anstiftung zu bestrafen. Der von Engel erteilte Befehl sei nicht im geringsten mißverstanden worden. Das beweise seine Ausführung. Ob Mundorf geschossen habe, sei gleichgültig. Er sei außerordentlich schwer belastet und habe die Tat als die seine gewollt. Es sei ein Gefühl der Befriedigung, daß man in Mundorf und Engel endlich einmal zwei Drahtzieher fassen könne.

Als Landgerichtsdirektor Trümper die Angeklagten fragte, ob sie noch etwas vorzubringen hätten, sagte Willms, er habe doch Frau und vier kleine Kinder, er sei kein Mörder. Haase hielt eine große Rede, Mundorf weinte und beteuerte, alles, was gegen ihn vorgebracht sei, sei dem Gefühl der Rache entsprungen.

Schwindler das Handwerk gelegt

180 Betrügereien — Darlehen wie noch nie

Bochum. Nachdem noch vor einem Monat einem hiesigen Darlehensvermittler, der sich in etwa 40 Fällen strafbar gemacht hatte, das Handwerk gelegt werden konnte, wurde heute durch die Kriminalpolizei die Tätigkeit eines anderen Schädlings der Allgemeinheit beendet. — Es handelt sich um den Darlehnsvermittler L. aus der Hofstraße, dem bis jetzt in rund 180 Fällen Darlehnsvermittlungsbetrug zur Last gelegt wird. Durch geschickt abgefaßte Inserate verstand dieser Vermittler es, ein sehr gutes Geschäft zu machen. Er spiegelte den Darlehnssuchern vor, daß sie innerhalb von 8 bis 10 Tagen Geld auf ein bis zwei Jahre bekommen könnten. Arbeitern, mit einem Einkommen von 130 RM. pro Monat bot er 1000 RM. Darlehen an. Selbst Witwen und Invaliden, die zum Teil kein Einkommen hatten, wurden die Darlehen ganz bestimmt versprochen. Küche und Schlafzimmer, die an sich unpfändbar sind, genügten als Sicherheit. Auch Junggesellen, die keinen eigenen Hausstand hatten und keine Sicherheit bieten konnten, wollte er helfen. Der entgegenkommende Vermittler und sein Gehilfe vermerkten auf dem Antrag, daß Herren- oder Speisezimmer, die überhaupt nicht vorhanden waren, zur Verfügung ständen. Bemerkt wurde dabei, daß es sich nur um eine Formsache handele, weil Nachprüfungen von dem Geldgeber nicht erfolgen würden. Ohne jede weitere Prüfung wurde das Darlehen bestimmt in Aussicht gestellt, wenn — und das war die Hauptsache —, die Vorkosten gezahlt würden. Für 100 bis 1000 RM. wurden Vorkosten von 12 bis 30 RM. verlangt. Die Leute glaubten und zahlten.

Von dem angeblichen Geldgeber erfuhren die Antragsteller später, daß sie nicht für kreditfähig angesehen würden. Da sie auch die gestellten Bedingungen nicht erfüllen konnten, waren die Vorkosten verloren.

Rund 180 Personen sind auf diese Weise geschädigt worden. Bei den meisten Leuten handelt es sich um Angestellte, Arbeiter, Witwen und Invaliden, die nur ein geringes oder gar kein Einkommen haben.

Der Neuhausbesitz beantragt Zinsermäßigung

Bochum führt den westfälischen Neuhausbesitz

Vom Reichsverband Deutscher Neuhausbesitzer und Eigenheimsiedler unter nationalsozialistischer Führung ist dem Ortsverein Bochum die Leitung des Provinzialverbandes Westfalen der Neuhausbesitzer übertragen worden. Der Vorstand des Provinzialverbandes trat hier am Samstagabend mit einer großen Zahl Vertreter der Neuhausbesitzer und Eigenheimsiedler zusammen. In der Tagung wurde die Lage des Neuhausbesitzes gegenüber dem Althausbesitzer dargelegt und der weitere Ausbau der Provinzialorganisation beschlossen. Dr. Wullen (Bochum) sprach über unerträgliche Lasten des Neuhausbesitzes. Die Tagung sprach sich einmütig für eine wesentliche Herabsetzung des Hypothekenzinses aus. Es wurde ein Antrag an die Leitung des Reichsverbandes der Neuhausbesitzer angenommen, in welchem man sich für eine Hypothekenzinsherabsetzung auf 4 Prozent, ½ Prozent Tilgung und für Kriegsbeschädigte, Unbemittelte, Erwerbslose und kinderreiche Familien auf 2% auch bei bereits abgeschlossenen Verträgen erklärte. Bei erfolgter Zinsherabsetzung sei auch der Neuhausbesitz in der Lage, den Mietzins zu senken. Die Neugründung von Ortsgruppen sind für mehrere Städte Westfalens in Vorbereitung. Am nächsten Samstag findet in Berlin eine Vorständetagung der sämtlichen deutschen Provinzialverbände der Neuhausbesitzer mit dem Vorstand des Reichsverbandes statt, in welcher die Forderungen der Neuhausbesitzer festgelegt werden sollen.

Taxifahrer im Hohlweg überfallen

Der Täter flüchtig

Freitag abend wurde ein Kraftwagenfahrer aus Elberfeld mit seinem Auto zum Landgericht bestellt. Hier erwarteten ihn zwei unbekannte Männer, die eine Fahrt nach Sprockhövel zu machen wünschten. Der Kraftwagenführer führte den Auftrag aus. Auf der Rückfahrt von Sprockhövel wurde er von den Insassen gebeten, in einem Hohlweg bei Schee zu halten. Als der Kraftwagenführer nach dem Halten ausstieg, riefen ihm die beiden Männer mit vorgehaltenen Schußwaffen „Hände hoch!" zu und forderten ihn auf, sich umzudrehen. In diesem Augenblick wurde er von den Männern mit einem harten Gegenstand mehrmals auf den Kopf geschlagen. Dem Kraftwagenführer gelang es jedoch noch, zu fliehen. Nun gaben die Männer drei Schüsse auf ihn ab, von denen einer den rechten Unterarm des Fahrers traf. Nun fuhren die Täter mit dem Auto in Richtung Velbert davon. In der Gennebrecker Straße stießen sie mit einem Fuhrwerk zusammen. Hierauf verließen die Täter aus dem Auto und ergriffen die Flucht. Beide Täter sind etwa 27 bis 28 Jahre alt und von kräftiger Gestalt.

Säugling zu Tode geschleift

Wuppertal. Ein aus der Mittelstraße kommender Personenkraftwagen geriet beim Einbiegen in die Lüttringhauser Straße auf den Bürgersteig und zertrümmerte das Schaufenster eines Buttergeschäfts. Der Wagen warf dann den Kinderwagen einer Frau um und schleifte das 15 Monate alte Kind eine Strecke mit. Die Verletzungen, die das Kind erlitt, waren so schwer, daß der Tod kurz darauf eintrat.

Eine Lokomotive als Ehrenmal

Bielefeld. Der Teutoburger Bezirksverein im Verein Deutscher Ingenieure errichtete aus Anlaß seines 40jährigen Bestehens für seine im Großen Krieg gefallenen Mitglieder ein ebenso seltsames wie sinnvolles Ehrenmal. Es wurde im Zentrum der Stadt eine aus dem Jahre 1835 stammende Lokomotive aufgestellt, die eine Tafel mit den Namen der Toten enthält.

250 000 marschieren ...

Massenaufmarsch der Deutschen Arbeitsfront in Düsseldorf

Düsseldorf. Am Donnerstag, 27. Juli, veranstaltet die Deutsche Arbeitsfront in Düsseldorf eine gewaltige Kundgebung, an der etwa 250 000 Personen teilnehmen werden, die zum Teil in Sonderzügen aus der näheren und weiteren Umgebung eintreffen. Am Nachmittag findet ein Presseempfang statt, bei dem der Leiter des Presseamtes der Deutschen Arbeitsfront, Biallas sprechen wird. Auf dem um 17.30 Uhr stattfindenden großen Amtswalterkongreß in der Tonhalle referiert Reichsbetriebszellenleiter Schumann. Abends 20 Uhr folgt auf den Rheinwiesen an der Cecilienallee dann die gewaltige Kundgebung der Arbeitsfront, auf der auch der Reichsleiter der NSBO., Schumann, sprechen wird.

Millionenstrafe für Spritschieber

Nach längerer Verhandlung verurteilte am Samstag die Große Strafkammer Düsseldorf den Brennereibesitzer St. aus Burscheid und den Brennmeister W. wegen Vergehens gegen das Branntweingesetz zu einem Jahr bezw. sechs Monaten Gefängnis. Außerdem erkannte das Gericht wegen Steuerhinterziehung auf je 3 800 000 Mark Geldstrafe. Mehrere weitere Angeklagten erhielten nur Geldstrafen in Höhe von insgesamt 1 700 000 Mark. Die Angeklagten hatten in einer geheimen Brennerei von 1926 bis 1932 schwarzgebrannt und an einer Leitung, an der die Monopolverwaltung die hergestellten Spritmengen [illegible], eine zweite Gebührenleitung angelegt.

Selbstmordversuch mit Operationsklammern

Düsseldorf. Von der hiesigen Kriminalpolizei wurde die Maklerin Johanna St. verhaftet, die nach ihrer Einlieferung ins Polizeigefängnis einen Selbstmordversuch unternahm, indem sie an ihrem Körper befindliche Operationsklammern herausriß und verschluckte. Es handelt sich bei der Verhafteten um eine mehrfach vorbestrafte Person.

Aus dem Rhein gelandet — Mord an SA-Mann

Düsseldorf. Am Stapelhaus wurde gestern mittag ein Mann aus dem Wasser gezogen. Er war bekleidet mit einer braunen Hose und trug an der rechten Hand einen Ring, in dem seine Fotografie, die den Ertrunkenen als SA-Mann darstellt, eingefaßt war. Die Personalien des Toten sind noch nicht bekannt.

Hochstapler auf Reisen

Das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln warnt vor einem Betrüger

Das Erzbischöfliche Generalvikariat warnt vor einem Betrüger, der in ungezählten Fällen die Geistlichkeit und die Geschäftswelt um bedeutende Summen geschädigt hat. Es handelt sich um einen 60jährigen Waldemar Seidel, der seit 1903 ganz Deutschland lügend und betrügend durchzieht. Er hat wenige Jahre evangelische Theologie studiert und ist wiederholt, um materieller Vorteile willen, zur katholischen Kirche übergetreten. Er hat sich sogar zur Priesterweihe gemeldet, obwohl er verheiratet ist. Seidel nennt sich widerrechtlich Studienrat, Prinzenerzieher, Hofprediger usw. und versucht, überall katholische Geistliche und katholische Organisationen zu beschwindeln.

Jeder Milchhändler muß dem Milchwirtschaftsverband beitreten

Durch Abänderung des § 38 des Reichsmilchgesetzes ist der gesamte Milcheinzelhandel dem Milchwirtschaftsverband angeschlossen worden. Jeder Milchhändler des Verkaufsgebietes Köln wird hierdurch zwangsweise Mitglied des Kölner Ortsverbandes und ist damit auch dessen Satzungen unterworfen. Eine Kündigung von Lieferverträgen im Milchwirtschaftsverbande ist nicht mehr möglich. Nach Beschluß des Vorstandes des Hauptverbandes können bestehende Milchlieferverträge in Zukunft nicht mehr ohne Zustimmung des Milchwirtschaftsverbandes gekündigt werden. Zuwiderhandlungen bedeuten einen Verstoß gegen die Satzungen.

Ein seiner Bürgermeister

Das Koblenzer Landgericht verurteilte am 21. April den früheren Oberbürgermeister von Hörde und späteren Bürgermeister von Traben-Trarbach, Eduard Schmidt, unter Versagung mildernder Umstände wegen Betruges, Unterschlagung und fortgesetzter Untreue zu 3½ Jahren Gefängnis.

Der 60jährige Angeklagte, ein ehemaliger Oberlagermeister, war beschuldigt, durch Verschleierung seines Gehaltes die Pensionskasse irregeführt und sich dadurch erhebliche Beträge verschafft zu haben.

Bei der Aufnahme von Anleihen durch die Stadt Traben-Trarbach soll Schmidt bei den Kreditgebern höhere Summen angefordert und die Mehrbeträge auf ein Sonderkonto abgezweigt und für sich verbraucht haben. Des weiteren soll er kleinere Summen, die ihm amtlich zugeführt wurden, mehrfach für private Zwecke verwendet haben. Bürgermeister Schmidt bezog neben seinem Gehalt von 5 400 Mark eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 3 000 Mark. Durch seine Machenschaften soll er dem kleinen Weinort Traben-Trarbach einen Schaden von insgesamt 80 000 Mark zugefügt haben.

Der Angeklagte griff das erwähnte Urteil beim Reichsgericht an und machte geltend, daß bei seinen Handlungen weder die objektiven noch subjektiven Tatbestandsmerkmale des Betruges gegeben sind; außerdem sei ihm von der Koblenzer Strafkammer die ihm zur Last gelegte arglistige Täuschung noch Irrtumserregung gegenüber der geschädigten Stadt nachgewiesen worden. Schmidt konnte mit seinem Rechtsmittel beim höchsten Gericht einen Teilerfolg erzielen. Das Reichsgericht in Leipzig hat am Freitag das ergangene Urteil aufgehoben, soweit der Angeklagte wegen Betruges verurteilt ist, und verwies die Sache an das Vordergericht zurück.

Alter schützt vor Torheit nicht

Vor dem Arbeitsgericht stand ein 86 Jahre alter Greis, der von einem jungen Mädchen auf Zahlung von Lohn und Kündigungsentschädigung verklagt war. Während die Klägerin ausführte, als Haushälterin angestellt gewesen zu sein, behauptete der Greis, er habe dem Mädchen aus Barmherzigkeit Unterkunft gewährt, da er es bei einem Spaziergang getroffen und es ihm von seiner Arbeitslosigkeit erzählt habe. Von einem Dienstverhältnis könne auch deswegen keine Rede sein, weil er in der Regel gekocht und den Haushalt versorgt habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum sie sich getrennt hätten, antwortete die Klägerin, daß sie belästigt worden sei. Im übrigen sei sie in der Lage, durch eine Zeugin zu beweisen, daß ihr 40 M. Monatslohn zugesagt worden seien. Das Gericht setzte hierauf zur weiteren Beweisführung einen neuen Termin an. Vor Eintritt in die Verhandlung der zweiten Sitzung erklärten die Parteien, daß sie sich außergerichtlich [illegible]

Nationalsozialismus

auch in Frankreich — Betrachtungen eines Holländers

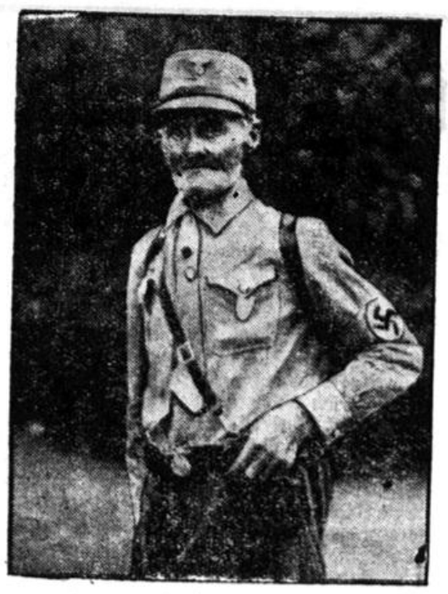
Ein Spezialartikel des „Telegraaf" beschäftigt sich mit dem Vordringen des nationalsozialistischen Gedankens in Europa. Auch Frankreich werde von einer nationalsozialistischen Welle erfaßt.

„Im gleichen Augenblick", heißt es wörtlich, „in dem die offizielle französische Politik sich anschickt, ihren „Sommerschlaf" anzutreten, hat der unerwartete Verlauf des Sozialistenkongresses die gesamte öffentliche Meinung in Aufruhr gebracht. Zum ersten Male seit Jahren ist wieder eine frische Strömung in das so lange unbewegt gewesene Wasser der französischen Politik gekommen: **der Nationalsozialismus!** Nicht weniger als 80 **von insgesamt 132 Abgeordneten des französischen Sozialistenkongresses** traten **öffentlich gegen den Sozialismus in seiner bisherigen Form** auf. Diese Tatsache ist für die Entwicklung der französischen Politik von unübersehbarer Bedeutung. Seit Hitler in Deutschland regiert und seit die deutschen Sozialdemokraten für ihre vielen Fehler haben büßen müssen, ist den Leuten die Binde von den Augen gefallen. Sie scheinen gelernt zu haben, daß es um mehr geht als um die Entscheidung darüber, ob die Partei eine Sitzung einzuberufen hat, ob sie einen Ministersessel in einem bürgerlichen Kabinett annehmen soll oder nicht. Sie fragen sich jetzt, ob der Sozialismus eines Marx oder eines Leon Blum sie nicht anstatt in das gelobte Land in die Wüste führen wird.

Auf dem Kongreß hat Leon Blum in doktrinärer Weise, gestützt auf seine vierzigjährigen Erfahrungen als „Kämpfer" auseinandergesetzt, daß die große Sache der Freiheit und des Rechtes von der jungen Generation nicht Revolutionsgeist, sondern Geduld erfordere. Diese Worte finden bei der Jugend, die das Kontingent der neuen Wähler darstellt, jedoch keine günstige Resonanz. Die Jugend verlangt gesunde Finanzen und ein geordnetes Staatswesen, das nach innen und außen Frieden und Ordnung sichert. Die Parteileiter haben bisher den Fehler begangen, sich und anderen vorzureden, daß die Weltwirtschaftskrise die Sache ihres Sozialismus vorwärtstreibe. Auf dem Kongreß vernahm man eine andere Lesart: daß der hungrige Erwerbslose kein Revolutionär im sozialistischen Sinne sei und daß Hitlers Erfolg zu einem sehr großen Teil durch die riesige deutsche Arbeitslosigkeit zu erklären sei. Was den Faschismus in Italien anbetreffe, so habe er seine ungeheure dynamische Kraft nicht von den Banken und der Großindustrie erhalten, sondern aus dem **Mittelstand. — Hier aber liegt auch der Schlüssel zu der neuen Bewegung in Frankreich: Der französische Mittelstand beginnt „klassenbewußt" zu werden.** Die französische Kleinbourgoisie hat die Verelendung des deutschen Mittelstandes mit angesehen. Sie will nicht kampflos den gleichen Weg gehen. Hier sieht die Opposition der französischen Sozialisten ein Aktionsziel. Sozialismus, sagt sie, muß Fühlung halten mit der ganzen Nation, besonders mit dem Mittelstand. Der „proletarische Internationalismus" hat keine Zukunft mehr! Will man jedoch den Mittelstand für den Sozialismus erobern, so muß sein Programm eine grundlegende Umgestaltung erfahren.

Es ist zur Genüge bekannt, daß breite Schichten des französischen Volkes sich in wachsendem Maße gegen die „Schlappheit" der Staatsmaschinerie auflehnen. Für die Methoden des bisher üblichen Parlamentarismus haben sie kein Verständnis mehr, ebensowenig für die Intrigenwirtschaft der Politiker. Das Beispiel des Auslandes, so Italiens, zu dem man eine gewisse Blutsverwandtschaft fühlt, und vor allem Deutschlands, hat in der Masse die Erkenntnis vorbereitet, daß die Befreiung von allen diesen Mißständen nur durch eine ähnliche Bewegung zu erreichen ist. Der Kongreß hat bewiesen, daß es Sozialisten gibt, die glauben, daß es Aufgabe ihrer Partei sein müsse, hier die Initiative zu ergreifen, um der Vorteile habhaft zu werden, die eine solche Politik mit sich bringe. Dieser „Neo-Sozialismus", wie die Bewegung bereits genannt wird, müsse dem betont nationalen Element einen vornehmen Platz einräumen."

Ein 82jähriger pilgert zu Adolf Hitler



Dietrich Paradies
aus Neuenbruch in Oldenburg,
ein 82jähriger Landwirt und SA-Mann, hat sich zu Fuß auf den Weg nach Berlin begeben, um dort den Volkskanzler zu sehen und zu begrüßen.

Das zweite Gesetz zur Aenderung des Wehrgesetzes

wird in Nummer 85 des Reichsgesetzblattes veröffentlicht. Es trägt die Unterschrift des Reichskanzlers und Reichswehrministers und ist in Berchtesgaden am 20. Juli unterzeichnet worden. Eine Reihe von Paragraphen der letzten Fassung des Wehrgesetzes (18. Juni 1921) wird gestrichen. Eine wichtige Aenderung gibt die Neufassung des § 17. **Danach hat im Falle öffentlicher Notstände oder einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung die Wehrmacht auf Anordnung der Reichsstatthalter in Preußen, des Reichskanzlers und der von diesem bestimmten Behörden Hilfe zu leisten. Das Ersuchen soll nur ergehen, wenn die eigenen Kräfte des Landes nicht ausreichen.**

Wichtig ist ferner der neu eingeführte Paragraph (40a) demzufolge **der Reichswehrminister ermächtigt wird, angestellte Zivilpersonen im Bereiche der Wehrmacht den geltenden gesetzlichen Bestimmungen ganz oder teilweise zu unterstellen, wenn und solange dies militärische Notwendigkeiten erfordern.**

Das Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Kommunistischer Spitzel erschossen

Aus **Leverkusen** wird gemeldet: Der erwerbslose **Jaskowiak**, der im Verdacht kommunistischer Betätigung innerhalb der NSDAP steht, wurde in der Nacht zum Sonnabend **von einem SS-Mann zur Abwehr einer augenblicklichen Gefahr erschossen.**

Jaskowiak war schon verschiedentlich von Führern der SA und SS wegen seiner illegalen Handlungen zur Rede gestellt; er machte bei solchen Gelegenheiten drohende Aeußerungen. In der Nacht zum vergangenen Sonnabend wurde er von mehreren SS-Männern gestellt. Als er hierbei eine drohende Stellung einnahm, sah sich ein SS-Mann zur Abwehr genötigt, um einer augenblicklichen Gefahr zuvorzukommen einen Schuß abzugeben, der tödlich wirkte.

Faschismus in Niederländisch-Indien

Nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterd. Courant" gründete **Dr. Noto Rindito in Bandoeng eine Faschistische Indonesische Partei.** Die Gründung erfolgte im Rahmen der von Dr. Rindito geführten javanischen **Unabhängigkeitsbewegung.**

Das Programm der Bewegung, die nach faschistischem Vorbild organisiert werden soll, umfaßt u. a. folgende Punkte: Erstrebung der Unabhängigkeit Javas unter einem konstitutionell regierenden Fürsten, der den Titel Panembuhan von Java führen soll (unter Anlehnung an die Regierungszeit der Fürsten von Nataram von 1586 bis 1620, die diesen Titel führten), Gründung eines Staatenbundes unabhängiger indonesischer Königreiche.

Ergebnisse der Kirchenwahlen in Braunschweig

Im Freistaat **Braunschweig** waren für die Wahlen zum Landeskirchentag zwei Listen eingereicht worden, und zwar der Wahlvorschlag „Evangelium und Kirche" und „Deutsche Christen". Im Laufe des Sonntagvormittags wurde die Liste „Evangelium und Kirche" mit folgender Erklärung zurückgezogen: „Der Wahlausschuß sieht unter dem Eindruck der Rede des Kanzlers den Wahlvorschlag „Evangelium und Kirche" zurück. Die Wahlen zum Landeskirchentag wurden trotzdem durchgeführt. In der Landeshauptstadt Braunschweig lag um 21,35 Uhr aus elf Kirchengemeinden folgendes unbestätigtes Ergebnis vor: „Evangelium und Kirche" 5270; „Deutsche Christen" 26 048. Auf dem Lande lagen folgende Ergebnisse vor: Bad Harzburg „Evangelium und Kirche" 427, „Deutsche Christen" 1303; Seesen: „Evangelium und Kirche" 229, „Deutsche Christen" 1458.

Aus **Würzburg (Riesengebirge)** wird berichtet: Bei der Kirchenwahl erhielt die Liste der Deutschen Christen 11 Sitze, die Liste Evangelium und Kirche 3 Sitze.

In den vier Kirchengemeinden der Stadt **Schwerin** wurden für die Liste „Evangelium und Kirche" insgesamt 5471 Stimmen und für die Liste Deutsche Christen 6962 Stimmen abgegeben. Nach den abgegebenen Stimmen entfallen auf die Liste „Evangelium und Kirche" insgesamt 25 und auf die Liste „Deutsche Christen" 40 Sitze.

Im Regierungsbezirk **Merseburg** fanden nur in drei Gemeinden der Orte **Halle, Merseburg** und **Jessen Kirchenwahlen** statt. In der Hallenschen St. Petrigemeinde fielen bei der Wahl der Kirchenabgeordneten von 812 abgegebenen Stimmen 648 auf die Deutschen Christen und 151 auf die Evangelische Gemeindeliste. Bei der Wahl für den Kirchenrat fielen von 813 abgegebenen Stimmen 650 auf die Deutschen Christen und 152 auf die Evangelische Gemeindeliste. Die Mandatsverteilung ist folgende: Kirchenverordnete Deutsche Christen 26, Evangelische Kirchenliste 6, Kirchenrat Deutsche Christen 6, Evangelische Gemeindeliste 1.

Es erhielten in **30 Groß-Berliner Gemeinden** insgesamt: „Deutsche Christen 93 780; Evangel. und Kirche 35 036 Stimmen.

Soweit es sich bisher übersehen läßt, sind in der Provinz **Pommern** in der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Gemeinden Einheitslisten aufgestellt worden, sodaß sich eine Wahl erübrigte. In allen diesen Gemeinden erhielten die „Deutschen Christen" die überwältigende Mehrheit. In **Greifswald** erhielten die „Deutschen Christen" in 3 Kirchengemeinden 92 und die Liste „Evangelium und Volkstum" 76 Sitze. Im Gebiete der Stadtsynode **Stettin** kamen in 8 Kirchengemeinden Einheitslisten zustande, in denen die „Deutschen Christen zwischen 80 und 100 v. H. erhielten. In 4 Stettiner Kirchengemeinden wurde gewählt. Bisher liegt das Ergebnis aus der Jakobigemeinde vor, in der die „Deutschen Christen" 12 Sitze im Gemeindekirchenrat und 41 in der Gemeindevertretung und die Liste Evangelium und Kirche 5 bezw. 19 Sitze erhielten.

Der letzte Abschied von den abgestürzten Litauen-Fliegern



Litauische Pfadfinder am Grabe der beiden Flieger Darius und Girenas,
die jetzt in der litauischen Hauptstadt Kowno unter höchsten Ehrungen beigesetzt wurden. Bekanntlich stürzten die beiden Piloten bei ihrem Ozeanflug kurz vor Erreichung ihres Zieles, ihres Heimatlandes Litauen, tödlich ab.

Eindringliche Werbung des Reichs-Luftschutzbundes



Eine 4½ Meter hohe Fliegerbomben-Attrappe, die in Berlin-Karlshorst aufgestellt wurde, um so der Bevölkerung sinnfällig vor Augen zu führen, welch schwere Gefahr ihr aus der Luft droht. In der Bombe können 1500 Kilogramm Sprengstoffe untergebracht werden, die genügen, um in einem Umkreis von 300 Meter alle Gebäude zu vernichten.

Zwiespalt im Elternleben — heißt Leid für das Kind

Harmonie im Elternhause ist ein großes Geschenk für ein Kinderleben. Harmonie in der täglichen Umgebung bedeutet Ruhe zur Entwicklung, bedeutet Halt und Geborgensein. Wehe dem Kinde, dem dieser sichere Boden entzogen wird! Es steht schon jung hilflos dem Leben gegenüber, es schwankt in seinen Empfindungen, es neigt zum Vater, es neigt zur Mutter, fühlt sich als Kritiker und doch wieder unfähig zur Kritik. Wir sehen oft in ernste, schwermütige Kinderaugen, wir beobachten Reizbarkeit und Verschlossenheit, stoßen auf Widerstände und ahnen nicht, daß hier die Ursachen zum schwierigen Charakter des Kindes liegen.

Nur ein Beispiel, wie durch elterliche Konflikte der Ernst in das Leben eines Kindes tritt:

Der Vater ist die Veranlässung, er ist herrisch, rauh und wenig feinfühlend. Die Mutter bekommt oft harte, ungerechte Worte zu hören. Sie schweigt und verteidigt sich nicht, um nur etwas den Frieden des Hauses aufrecht zu erhalten. Doch das Kind ist hellhörig, es prüft, auf welcher Seite das Recht liegt, sein Gerechtigkeitsgefühl lehnt sich gegen die Art des Vaters auf, sein Blick ist geschärft, beobachtend geht er durch das Haus.

Da — eines Tages sieht es Tränen in den Augen der Mutter. Ja, wer weiß noch, was in einem Kinderherzen vor sich geht, wenn es die Mutter weinen sieht, die Gütige, Liebende, allzeit Bereite? Man möchte ihre Hände küssen, ihre Wangen streicheln und hat doch eine zu große Scheu vor dem Leide, wagt nur leise vor sie hinzutreten und zu fragen: „Mutter, was ist?", um ein „Später!" zu hören.

Das Kind hat das Leid gesehen. Es beginnt zu grübeln. — Was ist das Leid? Ist es das Leben? Es zermartert sein Hirn. Eine Angst packt es vor dem Leben und seiner brutalen Gewalt und da klingen ihm plötzlich die Worte des Vaters im Ohr, hart und unerreichbar. Ist es vielleicht das? Der Vater? —

Die Mutter hat geweint. Irgend jemand hat ihr wehe getan. Man muß erst groß sein, dann wird man ihr helfen. Vielleicht muß man sie rächen, kämpfen für sie gegen alle, die ihr Leid zugefügt, gegen die Menschen, das Leben, ja vielleicht sogar gegen den Vater. Das Fühlen der eigenen Stärke gibt Trost, Mut, es mit dem Kommenden aufzunehmen, bis dann eines Tages die Mutter wieder ein verhärmtes Gesicht hat, bis das Kind wieder ein „Später!" hört und neue Fassungslosigkeit über es hereinbricht. Ohne Hilfe steht es da, aber seine Sinne sind nochmals geschärft, es liegt auf der Lauer, und eines Tages weiß es Bescheid — Mutters Tränen gelten dem Vater. —

Dieses Kind leidet mit an der elterlichen Ehe, es hat ihren Zwiespalt in sich aufgenommen, das Leid der Mutter zu seinem eigenen gemacht. Es hat das Grübeln gelernt, die Unruhe ist in sein Leben getreten, es ist allein und verwirrt, ohne Rat und Stütze. So wird es frühreif und bekommt schon in jungen Jahren einen Einblick in menschliches Elend, das durch diese selbst hervorgerufen ist. Und das in Jahren, die von Sonne erfüllt, ganz der Daseinsfreude gehören sollten! Muß uns das nicht nachdenklich stimmen? Wird dieses Kind nicht ungemein stark in seinem Werden gehemmt? Sind seine Gedanken nicht mit einem Ballast beschwert, der gar nicht seinen Jahren entspricht? Durch wieviel Leid Furcht und Haß wird dieses empfängliche Kinderherz vergiftet!

Zwiespalt im Eheleben! Nur wenig Ehen kennen sie nicht. Oft sind es die wertvollsten Menschen, die sich bekämpfen, die immer wieder um einander ringen müssen, bis sie sich in einer ruhigen Harmonie finden. Doch — was für Erschütterungen einer Ehe auch drohen mögen, dem Gedanken an das Kind, der Sorge um das Kind muß das Persönliche untergeordnet werden. Das Kind ist die stärkste Bindung zweier Menschen, die Gestaltung seines Daseins, aus zwei Menschenleben hervorgegangen, die höchste, gemeinsame Aufgabe einer Ehe! An dieser Pflicht gemessen, ist das im Augenblick zwei Menschen voneinander Trennende oft bedeutungslos und nichtig. Man bedenke, das Leid der Kindertage aber gräbt seine Spuren so tief, daß noch über dem späteren Leben ein Schatten liegt! Das Kind, beiden zutan, wird immer zwischen den Eltern stehen und oft sich lange mühen und quälen, bis es Partei ergreift und sich aus Ueberzeugung ganz auf eine Seite stellt, wenn es überhaupt schon reif genug ist, sich ein Urteil zu bilden und genügend Gedankenklarheit zur Stellungnahme besitzt. Es handelt sich hier nicht um ein Sich-Opfern um des Kindes willen, sondern um die Eigenerziehung, um die gegenseitige Forderung, sich zu prüfen, zu erkennen und an einer Neugestaltung gemeinsamen Lebens zu arbeiten.

Ilse v. Saß.